



echo
der
arbeit mai'70

Hüttenwerk Oberhausen AG

echo der arbeit

echo der arbeit, Werkzeitschrift der
Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft

Verantwortlich: Direktor Friedrich Kübel

Redaktion: Heino Harländer

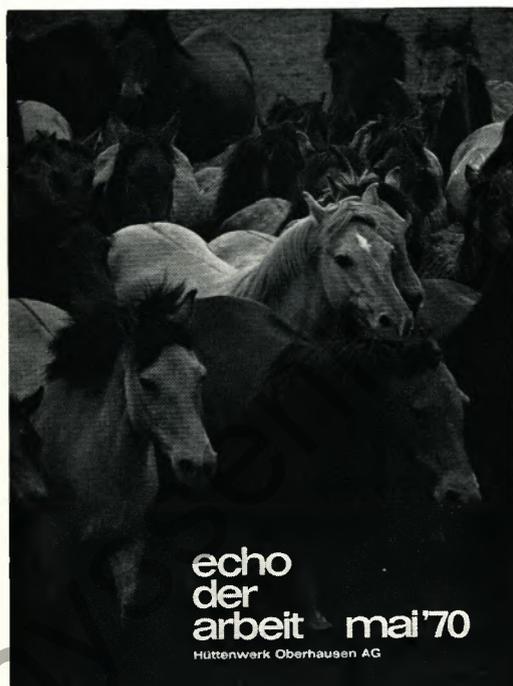
Mitarbeiter: Caren Straeter (Gestaltung),
Walter Steinbrink (Fotografie)

Anschrift der Redaktion:
42 Oberhausen, Essener Straße 66,
Telefon: (0 21 32) 88 44 47 sowie die
Nebenanschlüsse 42 67 und 42 99

Druck bei Uhlending KG, Dorsten

mai'70

inhalt



Ein Volksfest besonderer Art ist der Wildpferdefang im Meerfelder Bruch, nur knapp 100 Kilometer vom „Kohlenpott“ entfernt. Jedes Jahr werden die etwa 200 Wildpferde der Forstverwaltung des Herzog von Croy zusammengetrieben und mit der Schlinge eingefangen. Wie es bei diesem schon traditionellen Wildpferdefang zugeht, können Sie in unserem Bericht auf Seite 16 lesen.

Bilanz	
Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 68/69 der HOAG	3
Personalien	7
Programm der Ruhrfestspiele	8
Verkehrsquiz	
Preisausschreiben zur Unfallverhütung auf unseren Straßen	9
Nachgedacht – besser gemacht!	10
Betriebsunfall – die Ursache wird oft falsch gedeutet Prof. Dr. Müller-Limroth äußert sich zu einem aktuellen Thema	12
Gratistelefon gegen Einsamkeit im Alter	15
Cowboy-Romantik im Münsterland	
Wildpferdefang im Meerfelder Bruch	16
Rückblick in Bildern und Berichten	20
Lektüre: Kennzeichen lesenswert	22
Sozialpolitische Nachrichten	24
Auch Mütter brauchen einmal Urlaub Das Deutsche Müttergenesungswerk besteht 20 Jahre	26
Altersforschung	
Die Lebenserwartung des Menschen nimmt zu	30
Europa feiert wie die Feste fallen	31
Der blaue Montag muß nicht sein Betrachtungen zu einem nicht ganz neuen Thema	32
Arbeit und Rechtsprechung	34
Berufliche Zukunft vorbereiten HOAG bereitet junge Vietnamesen auf das Berufsleben vor	35
Rehabilitanden erarbeiten sich neue Berufschancen	36
Kurz berichtet	38
Humor: Blauer Montag	39



BILANZ

Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 68/69 der HOAG

Die Weichen unseres Unternehmens sind auf den neuen Kurs der Thyssen-Gruppe umgestellt. Die fortschreitende Integration in den Konzernverbund der Thyssen-Gruppe prägte die neue Struktur des Hüttenwerks Oberhausen. Das geht aus dem Bericht der HOAG über das abgelaufene Geschäftsjahr 1968/69 deutlich hervor. Am 1. Oktober 1968 wurde zwischen der August Thyssen-Hütte AG und der HOAG ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abge-

schlossen. Die ATH besitzt nunmehr 98,2 Prozent des Grundkapitals. Das Erzeugungsprogramm der HOAG wurde mit dem Produktionsangebot der ATH abgestimmt und die Absatzstruktur dem neuen Konzernverbund angepaßt. So lieferte das Hüttenwerk Oberhausen in dem abgelaufenen Geschäftsjahr weit über die Hälfte der Stahlrohisenproduktion an andere Unternehmen der Thyssen-Gruppe, während die ATH die Fehlmenge der HOAG an Rohstahl deckte.

Für das Jahr 1970 ist die Zusammenführung der HOAG mit der Niederrheinischen Hütte, Duisburg, vorgesehen. Zu ihrer Vorbereitung wurde im September 1969 die Studiengesellschaft für Drahtherstellung, -verarbeitung und -vertrieb, Oberhausen, gegründet. An dem Stammkapital dieser Gesellschaft ist die HOAG mit 75 Prozent und die Niederrheinische Hütte mit 25 Prozent beteiligt. Die organisatorischen Maßnahmen im Hinblick auf die Zusammenlegung beider Verwaltungen sind eingeleitet.

Dazu erklärte Vorstandsvorsitzender Dr. Karl-Heinz Kürten auf der Hauptversammlung noch einmal nachdrücklich, daß für beide Gesellschaften — HOAG und Niederrheinische Hütte — der gleiche Vorstand zuständig ist. Das bedeutet, daß Arbeitsdirektor Kübel für den Personal- und Sozialbereich und Dr. Kurrle für das Rechnungs- und Finanzwesen in Oberhausen und Hochfeld verantwortlich sind. Im technischen Vorstandsressort liegt die Verantwortung wie bisher für das Werk Oberhausen bei Professor Dr. von Bogdandy und für das Werk Hochfeld bei Dr. Krebs, da beide Komplexe in sich geschlossene Betriebseinheiten darstellen. Der Aufgabenbereich von Dr. Kürten umfaßt die kaufmännische Seite und die dazugehörigen Stabstellen beider Unternehmen.

Um eine frühzeitige Integration der unterschiedlichen Struktur des Verwaltungsapparates sicherzustellen, werden die sich in Oberhausen und Hochfeld entsprechenden Abteilungen innerhalb des Vorstandsressorts von Dr. Kurrle und Dr. Kürten jeweils von einem gleichzeitig für die HOAG und die Niederrheinische Hütte verantwortlichen Abteilungsleiter geführt. Innerhalb des technischen Vorstandsressorts wurde die Forschungsarbeit beider Werke dem Stranski-Institut in Oberhausen zugeordnet.

Die technische Kundenbetreuung beider Unternehmen für den Stabstahlbereich beim Hüttenwerk Oberhausen und für den Walzdrahtbereich bei der Niederrheinischen Hütte wurde jeweils in der Qualitätswirtschaft zusammengefaßt. Diese Maßnahmen im technischen Bereich bieten neben einer internen Rationalisierung auch dem Abnehmerkreis eine Reihe von Vorteilen und Erleichterungen. Die zum

Vorstandsressort von Arbeitsdirektor Kübel gehörenden Abteilungen in Oberhausen und Hochfeld befassen sich in erster Linie mit den örtlichen Aufgaben des Personal- und Sozialwesens, so daß in diesem Bereich — mit Ausnahme der Vorstandsebene — auf eine Koordinierung der Arbeiten weitgehendst verzichtet wird.

Die Integration unseres Unternehmens in die Thyssen-Gruppe führte zwangsläufig zu einer

Änderung der inneren Produktionsstruktur, da die Erzeugungseinheiten des Hüttenwerkes Oberhausen unter Programm- und Kostengesichtspunkten dem entsprechenden Zuschnitt der Thyssen-Gruppe angepaßt werden mußten.

Die HOAG hat seit dem 1. Oktober des vergangenen Jahres ihr Drahtwerk Gelsenkirchen an die Westfälische Union, Hamm, eine Tochtergesellschaft der Niederrheinischen Hütte, verpachtet. Ziel dieser Maßnahme ist die Rationalisierung der Drahtverarbeitung, die damit innerhalb der Thyssen-Gruppe im wesentlichen bei der Westfälischen Union zusammengefaßt ist.

Den Absatz von Qualitätsstahl, der überwiegend Grobblech und Bandstahl betrifft, hat die HOAG gemeinsam mit den Thyssen-Röhrenwerken der Thyssen-Qualitätsstahl-Verkaufsgesellschaft, Düsseldorf, übertragen.

Der HOAG-Bergbau wurde mit Ausnahme der Zechenkraftwerke im Rahmen des Gesamtvertragswerkes Ruhrkohle in die Ruhrkohle AG eingebracht. Seit dem 1. Januar 1969 wird der Bergbau für Rechnung der Ruhrkohle AG geführt. Die Zechenkraftwerke wurden zum 1. Januar 1970 an die Steinkohlen-Elektrizitäts-AG, Essen, verkauft.

Der Verkehrsbetrieb der HOAG wurde mit dem 1. Oktober 1969 in den Gemeinschaftsbetrieb Eisenbahn und Häfen eingegliedert. An dieser Gesellschaft sind neben der HOAG die Ruhrkohle AG, die ATH, die Hamborner Bergbau AG und die Friedrich Thyssen Bergbau AG beteiligt.

Im Geschäftsjahr 1968/69 betragen die Umsatzerlöse der HOAG 1046,6 Millionen DM.



Bild oben: Fachliches Gespräch unter Experten: HOA Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Hans-Günther Se (links) und der Vorstandsvorsitzende der HOA Dr. Karl-Heinz Kürten.- Bild unten: Begegnung a der Hauptversammlung der HOAG: Oberstadtdirektor Petersen (vorn im Bild), Frau Oberbürgermeister Luise Albertz, Arbeitsdirektor Kübel und Prof. I von Bogdandy (von links nach rechts).



Umsatzerlöse der HOAG 1968/69 in Millionen DM

Werk Oberhausen . . .	843,2
Werk Gelsenkirchen . .	112,3
Hütte	955,5
Bergbau	91,1
HOAG zusammen . . .	1 046,6

Gegenüber dem Vorjahr — hinsichtlich Umsatzsteuer und Abgrenzung vergleichbar gemacht — ergab sich ein Anstieg des Hüttenumsatzes um rund 19 Prozent. Hierzu trugen größere Liefermengen mit zum Teil verbesserten Erlösen, der höhere Anteil an Sonderstählen sowie die Umschichtungen von Lohnarbeiten zum Vollgeschäft bei. Der Exportanteil am Hüttenumsatz ging von 31 Prozent auf 22 Prozent zurück. Auf Grund der Gewinnabführungsvereinbarung wurden zum 30. September 1969 5,9 Millionen DM an die ATH abgeführt.

Produktion und Absatz

Die Eingliederung der HOAG in die Thyssen-Gruppe hat zu erheblichen Veränderungen im Beschaffungs-, Produktions- und Absatzbereich geführt. So hat die August-Thyssen-Hütte die Versorgung mit Rohstoffen übernommen. Im Zusammenhang damit konnten die Vorräte an Fe-Trägern beträchtlich abgebaut werden. Die Thyssen-Gruppe stellte der HOAG 1086 Millionen Tonnen Vorbrammen, Vorblöcke, Knüppel und Warmbreitband zur Verfügung, während die HOAG außer den Stahlroheisenmengen 0,180 Millionen Tonnen Halbzeug an andere Werke der Thyssen-Gruppe lieferte.

Die Gegenüberstellung der Produktion 1968/69 mit der des Vorjahres spiegelt neben der Leistungsentwicklung vor allem die strukturellen Veränderungen im Produktionsbereich wider.

Erzeugung einschließlich Lohnarbeit in 1000 t

	1967/68		1968/69	
	Jahr	Monatsdurchschnitt	Jahr	Monatsdurchschnitt
Roheisen	1 827	152	1 448	121
Rohstahl	2 010	168	1 220	102
Walzstahl	1 637	136	1 669	139

Die Qualitätsstruktur des gesamten Produktionsprogramms hat sich verbessert, wobei der Absatz von Sonderstählen, insbesondere der wetterfesten und wasservergüteten Stähle, ausgeweitet wurde. Der Versand an Preßteilen konnte ebenfalls gesteigert werden.

Wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist, hat die HOAG, wie auch die anderen Unternehmen der deutschen Stahlindustrie, trotz der besseren Erlöse auf Dritten Märkten die deutsche Inlandskundschaft bevorzugt beliefert.

Hochfeste Grobbleche aus wasservergütetem Stahl haben sich im Druckrohrleitungsbau bewährt und auch in den Brückenbau Eingang gefunden. Die HOAG-Wirbelschicht-Vergütung (HWV) — ein Verfahren zur Walzdrahtvergütung aus der Walzhitze — erlangte Betriebsreife und ist bereits an der Oberhausener Drahtstraße im Einsatz.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten galten weiterhin der Güteüberwachung der Erzeugnisse im Produktionsfluß. Dabei sind neue Verfahren für

Lieferungen der HOAG an Walzstahlfertigerzeugnissen einschließlich Sonderstahl

	1967/68			1968/69				
	Inland %	Übrige Montanunion %	Dritte Länder %	Insgesamt MD in t	Inland %	Übrige Montanunion %	Dritte Länder %	Insgesamt MD in t
Oberbaumaterial . . .	73	19	8	992	20	71	9	54
Formstahl	62	7	31	4 491	81	12	7	2 927
Breitflanschträger . .	85	4	11	2 742	85	8	7	1 270
Stabstahl	55	14	31	20 907	75	12	13	31 889
Walzdraht	67	7	26	30 249	74	8	18	28 001
Grobblech	54	18	28	37 629	64	17	19	45 028
Mittelblech	64	11	25	3 331	73	10	17	4 837
Feinblech	56	7	37	7 524	68	14	18	846
Zusammen	60	12	28	107 865	71	13	16	114 852

MD = Monatsdurchschnitt

Forschung und Entwicklung

Zahlreiche Untersuchungen galten dem Verhalten hochfester schweißbarer Feinkorn-Stähle in der Verarbeitung. Die Ergebnisse der Untersuchungen über die mechanischen Eigenschaften, die Verarbeitung und das Abrostungsverhalten von wetterfesten Stählen trugen zu einer beträchtlichen Erhöhung des Absatzes in den Güten COR-TEN und Patinax 37 bei.

die Querschnittsermittlung an heiß durchlaufendem Walzgut entwickelt worden. Die Prüfung von Halbzeug sowie von Warmbreitband und Grobblechen auf Oberflächen- und Innenfehler wurde weiter verbessert.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit richtete sich vor allem auf die Rationalisierung von Betriebsabläufen und auf die Qualitätssteigerung der Erzeugnisse. Im Siemens-Martin-Werk II b wurde die Verlängerung der Stripperhalle fertiggestellt. Verschiedene Investitionen an der Feineisenstraße hatten eine Erhöhung des Ausbringens zum Ziele. Im Grobblechwalzwerk ging ein Anlauf-ofen in Betrieb, ein zweiter ist bestellt und voraussichtlich Ende 1970 betriebsbereit. Der Ausbau der Grobblech-Adjustage wird in der zweiten Jahreshälfte 1970 abgeschlossen.



Unsere Mitarbeiter

Am 30. September 1969 waren im Hüttenbereich 11 925 Personen beschäftigt gegenüber 12 926 am 30. September 1968. Zur Beseitigung der personellen Engpässe wurden im Geschäftsjahr 1968/69 100 Jugoslawen angeworben. Damit erhöhte sich der Anteil der ausländischen Mitarbeiter im Werk Oberhausen von 5,4 Prozent auf 7,6 Prozent der Lohnbelegschaft. Im Werk Gelsenkirchen blieb er mit 3,7 Prozent unverändert.

Auf Grund der Stilllegung des Thomasstahlwerkes, der Blockstraße, der Sinteranlage und der Eisenhütte I mußten erhebliche innerbetriebliche Umbesetzungsmaßnahmen durchgeführt werden. Insgesamt wurden hiervon 1340 Belegschaftsmitglieder betroffen. Durch eine detaillierte Personalplanung konnte den betroffenen Belegschaftsmitgliedern ein gleichwertiger Arbeitsplatz im Unternehmen angeboten werden. Im Zusammenhang mit den zahlreichen innerbetrieblichen Umbesetzungen stieg die Anzahl der Betriebsunfälle, bezogen auf 1 Million verfahrenere Arbeitsstunden, von 59,2 im Vorjahr auf 71,9 im Berichtsjahr.

Mit der Fertigstellung des Berufsbildungszentrums waren die Voraussetzungen geschaffen, um für das Winterhalbjahr 1969/70 ein breit angelegtes Schulungsprogramm durchführen zu können. In diesem Programm werden rund 50 Seminare, Lehrgänge und Vorträge für unsere Belegschaftsmitglieder angeboten.

Die im Geschäftsjahr 1967/68 begonnenen Umschulungsmaßnahmen für den Fachberuf Betriebschlossler sind im November 1969 mit einer Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer abgeschlossen worden. Die anfallenden Umschulungskosten für den 18- bzw. 12monatigen Ausbildungslehrgang wurden weitestgehend von der örtlichen Arbeitsverwaltung getragen.

Darüber hinaus sind umfangreiche Schulungsmaßnahmen für neu eingestellte und umbesetzte Belegschaftsmitglieder des Bereichs „Zurichtereien“ angelaufen. 33 Produktionsarbeiter bereiten sich zur Zeit auf die Lehrabschlußprüfung als Hüttenfacharbeiter vor. Ein erfreuliches

Zeichen also dafür, daß die berufliche Mobilität unserer Belegschaft durch das Berufsbildungszentrum gefördert wird.

Von 314 eingereichten Verbesserungsvorschlägen konnten 189 mit Geld- und Sachprämien ausgezeichnet werden. Die Summe der gezahlten Prämien betrug im Berichtsjahr DM 30 480, der höchste Einzelbetrag 2 650 DM.

Im Berichtsjahr errichtete die werkseigene Wohnungsgesellschaft Dümpten mbH, Oberhausen, insgesamt 86 Belegschaftswohnungen. Am 30. September 1969 verfügte die Hüttenwerk Oberhausen AG über 18 267 werkseigene oder -gebundene Wohnungen. Im Bau und in der Planung befanden sich zum gleichen Zeitpunkt 115 Belegschaftswohnungen.

Wie in den vergangenen Jahren hat das Unternehmen die Beteiligung am vermögenswirksamen Sparen durch Zuschüsse gefördert. In diesem Jahr wurden von der Belegschaft im Werk Oberhausen 974 076 DM vermögenswirksam angelegt gegenüber 870 403 DM im Vorjahr.

Ab 1. März 1969 stiegen die Tariflöhne und -gehälter um 2% und ab 1. September 1969 um 11%. Mit Wirkung vom 1. Januar 1970 ist eine stufenweise Umstellung des Tarifurlaubs von Werk- auf Arbeitstage vereinbart worden. Die tarifliche Sonderzahlung wurde von bisher 50% auf 75% eines Monatsverdienstes erhöht und die statistische Bemessungsgrundlage durch eine dynamische ersetzt.

Hinzu kamen die gesetzliche Pflicht zur sechswöchigen Lohnfortzahlung an Arbeiter im Krankheitsfalle sowie die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung ab 1. August 1969 auf 990 DM und ab 1. Januar 1970 auf 1 200 DM.

In der Angestelltenversicherung wurden der Beitragssatz ab 1. Januar 1969 auf 16% und die Beitragsbemessungsgrenze auf 1 700 DM angehoben.

Das Berufsbildungszentrum konnte planmäßig am 15. Juli 1969 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden.

Bei den Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat sind auf der letzten ordentlichen Hauptversammlung der HOAG am 27. April für vier aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedene Vertreter der Arbeitnehmer folgende Ersatzmitglieder in den Aufsichtsrat gewählt worden: Herbert Mösle und Hans Meier als Vertreter der Arbeiter, Wilhelm Robben als Vertreter der Angestellten, und Hans Joachim Faust als Vertreter der IG Metall.



Herbert Mösle wurde am 22. Mai 1926 in Oberhausen geboren. Nach dem Schulbesuch durchlief er die Lehre als Elektriker. Im Dezember 1940 trat er bei der HOAG ein und wurde 1947 als Vertrauensmann gewählt. Mösle wurde 1957 Mitglied des Betriebsrats. Seit dieser Zeit war er in den Bereichen der Sozialkommission, der Lohn- und Gehaltskommission sowie der Unfallkommission tätig. Im November des vergangenen Jahres wurde Mösle zum 2. Vorsitzenden des Betriebsrates gewählt. Daneben ist Herbert Mösle Mitglied der Tariff Kommission der IG Metall und der Ortsverwaltung der IG Metall.

PER



Hans Meier wurde am 3. Mai 1933 in Oberhausen geboren. Nach dem Schulbesuch erlernte er das Kraftfahrzeughandwerk und war als Kfz-Schlosser in Oberhausener Handwerksbetrieben tätig. 1957 erfolgte sein Eintritt in die HOAG, wo er in den Maschinenbetrieben eingesetzt wurde. Meiers Wahl zum Vertrauensmann erfolgte 1961, ein Jahr später übernahm er die Leitung der Vertrauensleute. 1965 wurde Meier in den Betriebsrat gewählt. Zur Zeit ist er Mitglied des Betriebsausschusses und der Pensionskommission sowie Sprecher der Personalkommission. Hans Meier ist außerdem Mitglied der Ortsverwaltung Oberhausen der IG Metall und seit dem vergangenen Jahr stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Betriebskrankenkasse der HOAG.

SONNALIEN



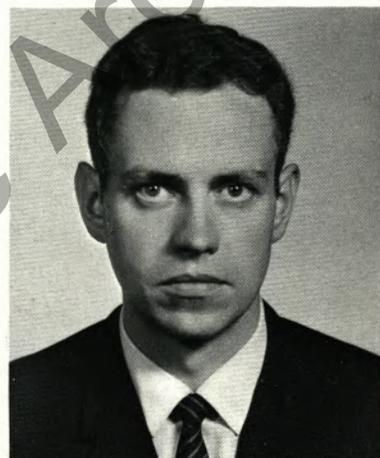
Wilhelm Robben, am 3. Februar 1920 in Oberhausen geboren, kam nach dem Besuch der Realschule, die er mit der Mittleren Reife verließ, 1937 zur Gutehoffnungshütte. Nach einer kaufmännischen Ausbildung war er bis 1948 in der Abteilung Verkehr als kaufmännischer Angestellter tätig. Im Juni 1948 wechselte er zur Betriebsabrechnung über und wurde später zum Gruppenleiter ernannt. 1967 kam Robben in die Abteilung Verkauf der HOAG und leitet seitdem den Bereich Planung, Quoten, Auftrags- und Lieferstatistik. Am 1. Februar 1968 wurde ihm Handlungsvollmacht erteilt. Robben ist seit 1953 Mitglied des Betriebsrats und war bis 1965 stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. In der Zeit von 1956 bis 1962 war er bereits Mitglied des Aufsichtsrats der HOAG. Robben, der DAG-Mitglied ist, gehört seit 1957 dem Gewerkschaftsrat der DAG an, dem höchsten Gremium dieser Gewerkschaft.



Hans Joachim Faust wurde am 30. September 1928 in Dortmund geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums wurde er noch kurzfristig zum Wehrdienst eingezogen und geriet anschließend in Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung trat er im Jahre 1948 eine Lehre als Industriekaufmann in Dortmund an. Nach der Lehrzeit im Jahre 1950 wurde er als Jugendsekretär hauptamtlich für die Gewerkschaft tätig. Sein Ressort betraf Jugend- und Bildungsfragen. 1954 erfolgte die Versetzung in die Bezirksleitung der IG Metall Hagen. Hier blieb er bis 1964 und befaßte sich zusätzlich mit der Arbeit für Betriebsräte und Vertrauensleute. Dann wurde er nach Frankfurt in die Abteilung Vertrauenskörper-Betriebsräte versetzt. Während dieser Zeit hatte er eine Lehrtätigkeit an den Schulen der IG Metall in Dortmund und Lothar/Main. Das Spezialgebiet des Gewerkschaftlers liegt heute in der Datenverarbeitung auf dem Sektor der Betriebsräte- und Vertrauensleutewahlen sowie der Konzernanalysen. Daneben ist Hans Joachim Faust in der Beratung von Gesamtbetriebsräten tätig.



Dr. jur. Karl-Heinz Kürten wurde durch Beschluß des Aufsichtsrats vom 27. April 1970 zum Vorsitzenden des Vorstands unseres Unternehmens bestellt. Dr. Kürten, 1915 in Düsseldorf geboren, trat nach Abschluß des juristischen Studiums zunächst in den Staatsdienst ein und war bis Ende 1951 als persönlicher Referent des nordrhein-westfälischen Finanzministers und als Referent in der Haushaltsabteilung des Ministeriums tätig. 1952 übernahm Dr. Kürten die Leitung der Finanzabteilung der ATH, bis er 1958 als Vorsitzender in den Vorstand der Westfälischen Union AG für Eisen- und Drahtindustrie, Hamm, berufen wurde. Im Oktober 1963 wurde er zum Vorstandsmitglied der Niederrheinischen Hütte AG, Duisburg, und im Geschäftsjahr 1964/65 zum Vorsitzenden des Vorstandes dieser Gesellschaft bestellt.



Als Assistent des Vorstandssprechers Dr. Karl-Heinz Kürten hat Dr. rer. pol. Bernd Wiegand seine Tätigkeit am 1. April dieses Jahres aufgenommen. Wiegand wurde am 7. Juli 1940 in Wiesbaden geboren. Nach dem Abitur und der Wehrdienstzeit studierte er von 1961 bis 1966 an der Technischen Hochschule Darmstadt, Fachrichtung Wirtschaftsingenieurwesen. Im November 1966 bestand er die Diplomhauptprüfung. Zwei Jahre später folgte die Promotion zum Dr. rer. pol. Von 1967 bis 1968 war Wiegand beim Institut für Wirtschaftsforschung in München als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Nach seinem Studium übernahm Wiegand eine Tätigkeit bei der Hamburger Im- und Exportfirma Jebsen & Co., wo er unter anderem längere Zeit als Abteilungsleiter in Hong Kong war.

SPIELPLAN

Aufführungen der Ruhrfestspiele

Vorstellungen: Beginn 19.00 Uhr

Tag	Datum	Stück
Montag	1. 6.	Caligula
Mittwoch	3. 6.	Yvonne, Prinzessin von Burgund
Donnerstag	4. 6.	Yvonne, Prinzessin von Burgund
Freitag	5. 6.	Yvonne, Prinzessin von Burgund
Sonntag	7. 6.	Caligula
Dienstag	9. 6.	Caligula
Mittwoch	10. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Donnerstag	11. 6.	Caligula
Freitag	12. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Samstag	13. 6.	Caligula
Sonntag	14. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Montag	15. 6.	Caligula
Dienstag	16. 6.	Caligula
Mittwoch	17. 6.	Caligula
Donnerstag	18. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Freitag	19. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Sonntag	21. 6.	Indianer
		Eröffnung des indischen Zeitalters
Mittwoch	24. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Donnerstag	25. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Samstag	27. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Sonntag	28. 6.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Mittwoch	1. 7.	Eröffnung des indischen Zeitalters
Samstag	4. 7.	The Visitation
Sonntag	5. 7.	The Visitation
Dienstag	7. 7.	The Visitation

Begegnung mit Asien:

Freitag	10. 7.	Tänze aus Indien
Samstag	11. 7.	Tänze aus Indien
Dienstag	14. 7.	Tänze aus Thailand und Bali
Mittwoch	15. 7.	Tänze aus Thailand und Bali

Konzerte im Festspielhaus, Beginn 19 Uhr

Samstag	6. 6.	Musik im Ruhrfestspielhaus
Donnerstag	2. 7.	Konzert des Westdeutschen Rundfunks

Konzert im Städt. Saalbau, Dorstener Straße 16

Beginn 19.30 Uhr

Freitag	19. 6.	Jazz- and Sinfonic-Sound
---------	--------	--------------------------

Anderungen vorbehalten



Arbeitsschutz und Unfallverhütung sind heute längst kein Thema mehr, das nur Fachleute interessiert. Was wir heute im Spannungsfeld zwischen Mensch und Technik als Konflikt vorfinden, geht die ganze Gesellschaft an. Das machen die Zahlen des Unfallgeschehens in den Betrieben, auf den Straßen und in anderen Lebensbereichen deutlich. Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften führt in der ersten Jahreshälfte 1970 eine große „Aktion gegen den Unfall“ in Nordrhein-Westfalen durch. Wir haben darüber bereits ausführlich berichtet. Diese Aktion weist auf die vielfachen Gefahrenquellen hin, und sagt, wie man ihnen begegnet. Vor allem der Weg vom und zum Betrieb hat seine Tücken.

Dazu schreibt die „Aktion gegen den Unfall“ ein Verkehrsquiz aus, das wir hier veröffentlichen. Das Quiz besteht aus sechs Fragen mit drei vorgeschriebenen Antworten. Davon ist jeweils eine Antwort richtig, die Sie herausfinden sollen. Die sechs richtigen Lösungen werden auf eine Postkarte geschrieben, beispielsweise 1a, 2b, 3a, 4c, 5a, 6c und an folgende Adresse geschickt:

Fragespiel „Aktion gegen den Unfall 70“
4 Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 11
Aktions-Pressestelle – Postfach 2827

Diese Preise sind zu gewinnen:

1. Preis: 1 Ford Capri 1500 mit eingebauten 3-Punkt-Sicherheitsgurten
2. und 3. Preis: je ein Klapp-Moped (führerscheinfrei)
4. bis 10. Preis: je ein Klapp-Fahrrad
11. bis 30. Preis: je ein Verbandskasten

Die Gewinner werden durch das Los ermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Einsendeschluß ist der 10. Juli 1970. Teilnahmeberechtigt sind alle Leser unserer Werkzeitschrift, sofern sie ihren ständigen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen haben.

VERKEHRSQUIZ

LES



Frage 1

Ein Autofahrer passiert auf seinem Weg zur Arbeit eine Straßenbahn-Haltestelle. Muß er sein Fahrzeug zum Stehen bringen, wenn eine Straßenbahn, die auf der Fahrbahnmitte fährt, an der Haltestelle anhält, und Passanten die Fahrbahn betreten?

- a Nein, der Autofahrer muß nur notfalls anhalten.
- b unter allen Umständen.
- c der Autofahrer muß solange anhalten, bis die Türen der Straßenbahn geschlossen sind.

Frage 2

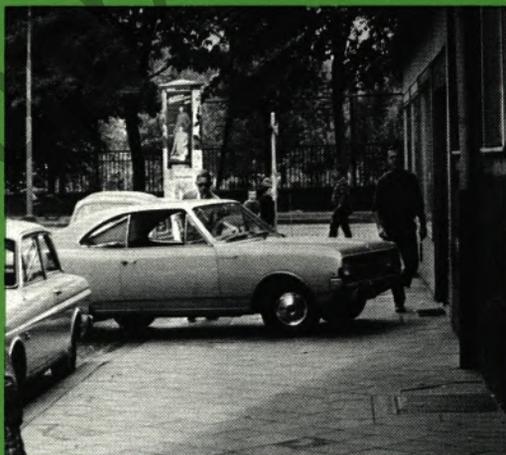
Nach einem Verkehrsunfall hat ein junger Mann seinen Kleinwagen selber repariert. Nur für die vordere Stoßstange fand er keinen Ersatz. Darf er künftig ohne die Stoßstange fahren?

- a Ja, aber er muß sich um eine neue Stoßstange bemühen, und außerdem seine Fahrweise darauf einrichten.
- b Nein, die Stoßstange gehört zum Fahrzeug, für das eine allgemeine Betriebserlaubnis erteilt wurde.
- c Ja, Stoßstangen dienen in erster Linie nur zur Verschönerung und erfüllen keinen praktischen Zweck.

Frage 3

Weil kein Personenwagen greifbar ist, erhält ein Angestellter für eine Dienstfahrt einen Transporter, dessen hintere Seitenfenster nicht verglast sind. Wie schnell darf er mit diesem Wagen fahren?

- a So schnell wie mit einem Personenwagen, also ohne begrenzte Höchstgeschwindigkeit.
- b So schnell wie mit einem Lastwagen, also auf der Autobahn höchstens 80 km/h, denn ein solcher Wagen gilt als Lkw.
- c Höchstens 100 km/h wegen der eingeschränkten Sichtverhältnisse durch die fehlenden Fenster.



Frage 4

Ein Zweiradfahrer will seine Arbeitsstelle erreichen, die auf der linken Straßenseite liegt. Wie verhält er sich?

- a Er steigt ab, wartet am rechten Straßenrand, bis beide Richtungen frei sind, und überquert dann die Straße, indem er das Rad schiebt.
- b Er fährt an den rechten Straßenrand, sitzt aber nicht ab, sondern wartet, bis er gefahrlos in einem großen Bogen die Straße überqueren kann.
- c Er ordnet sich nach links bis zur Fahrbahnmitte ein, gibt mit der linken Hand Zeichen, wartet bis der Gegenverkehr abgeflissen ist, um sodann nach links einzubiegen.

Frage 5

Ein Fahrer, der bei der Post ein Paket abholen soll, stellt seinen Wagen so ab, wie auf dem Bild zu sehen. Darf er das?

- a Ja, er parkt nicht, sondern hält nur.
- b Nein, ein Fahrzeug, das so stark in den Gehweg hineinragt, ist verbotswidrig abgestellt.
- c Man darf auf diese Weise auch parken, solange das Fahrzeug nicht in die Fahrbahn hineinragt.

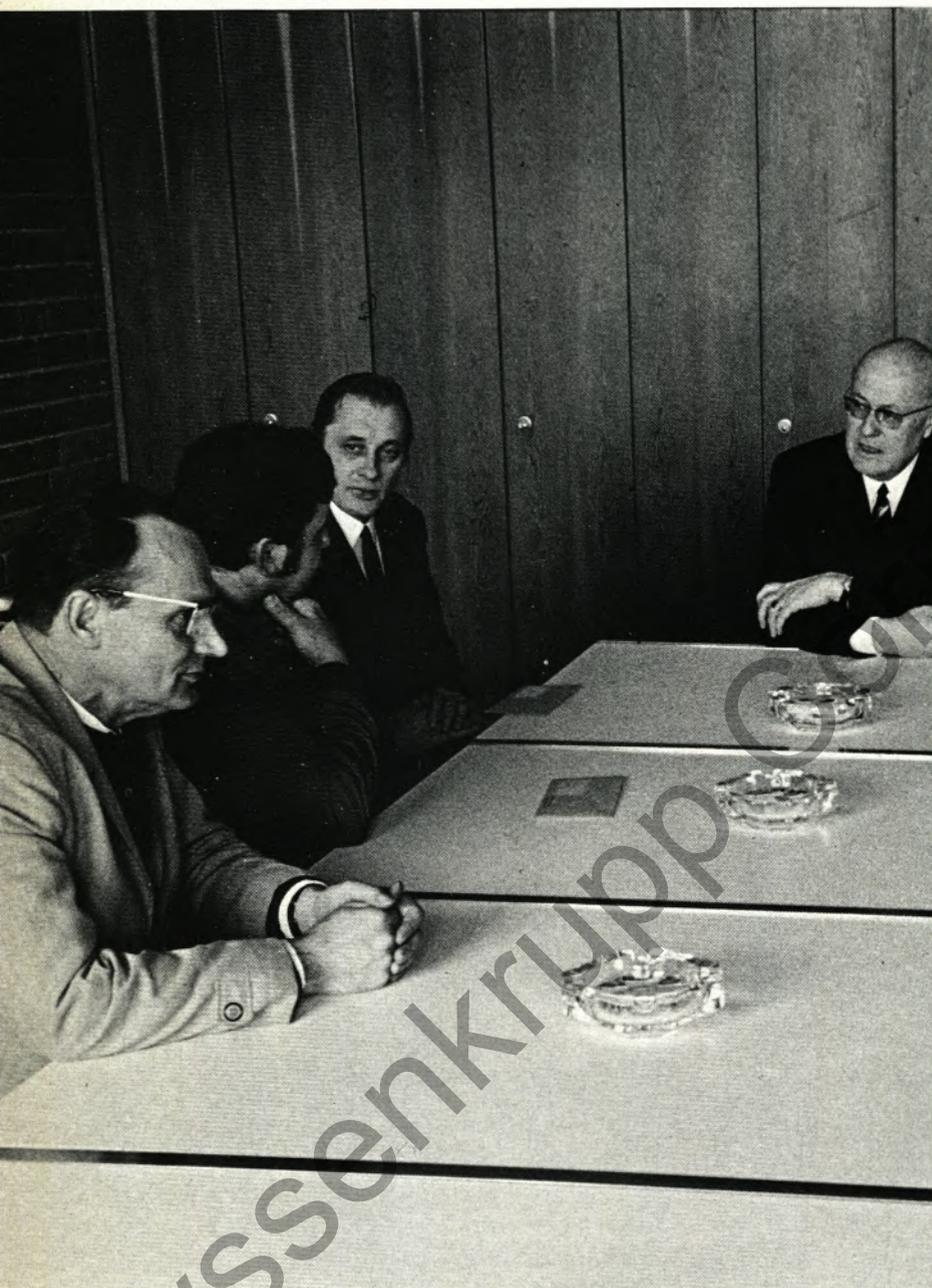
Frage 6

Ein Fußgänger bemerkt auf dem Weg zur Arbeit einen Verkehrsunfall, bei dem Menschen zu Schaden gekommen sind. Muß er helfen?

- a Nein, denn er versäumt sonst seinen Dienstantritt.
- b Ja, aber zunächst muß er seinen Betrieb benachrichtigen.

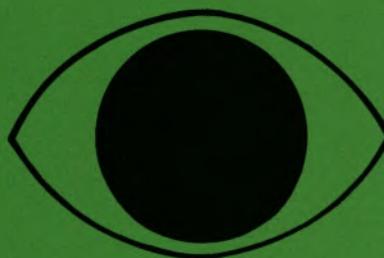
Jn einer kleinen Feierstunde im Berufsbildungszentrum wurden drei besonders hohe Prämien für Verbesserungsvorschläge von dem Leiter der Abteilung Aus- und Fortbildung, Bruno Kaempf, persönlich überreicht. Der Verbesserungsvorschlag, den Wolfgang Mertin und Manfred Theis gemeinsam einreichten, wurde mit 1 100 DM bewertet.

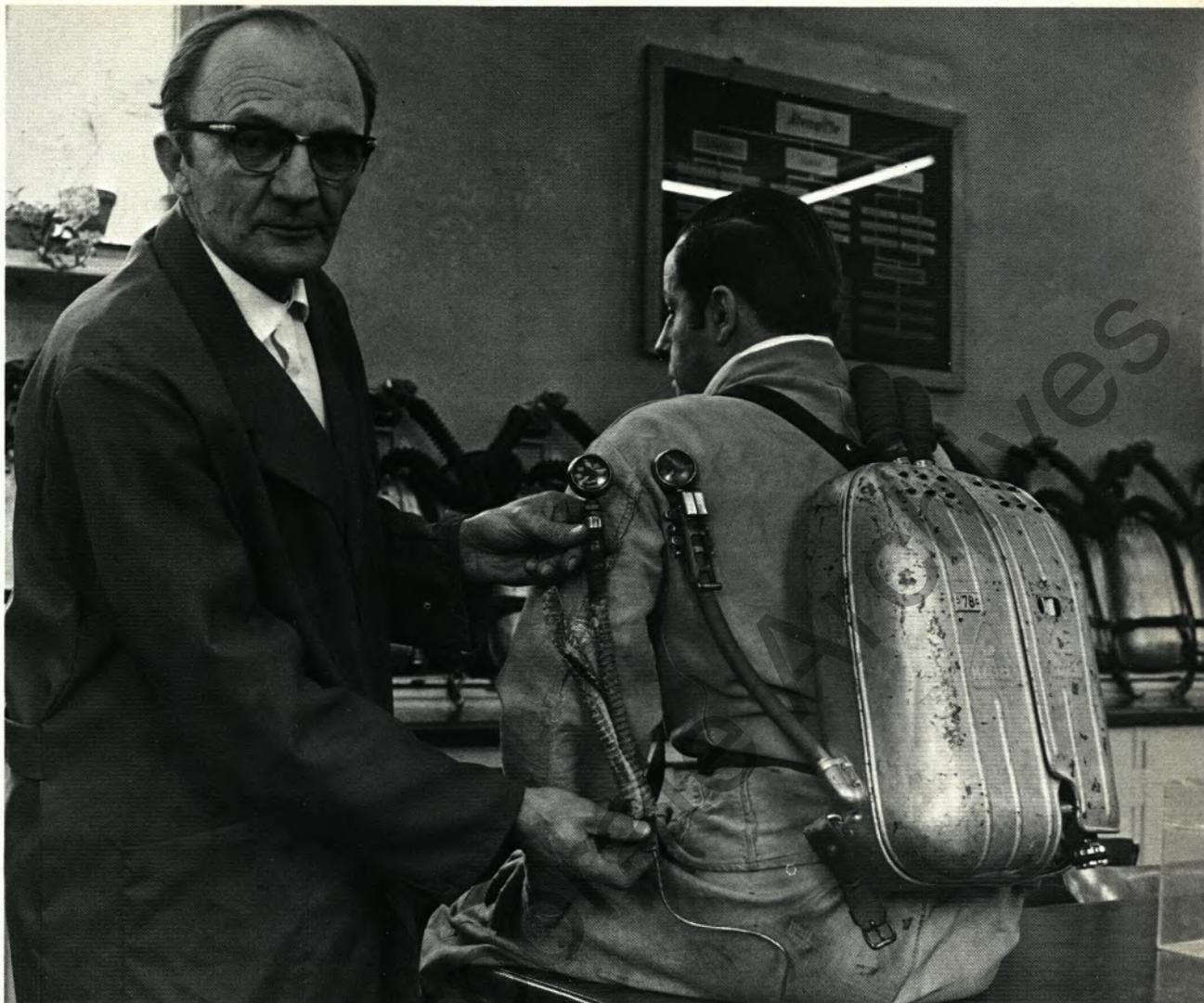
NACHGEDACHT BESSER GEMACHT!



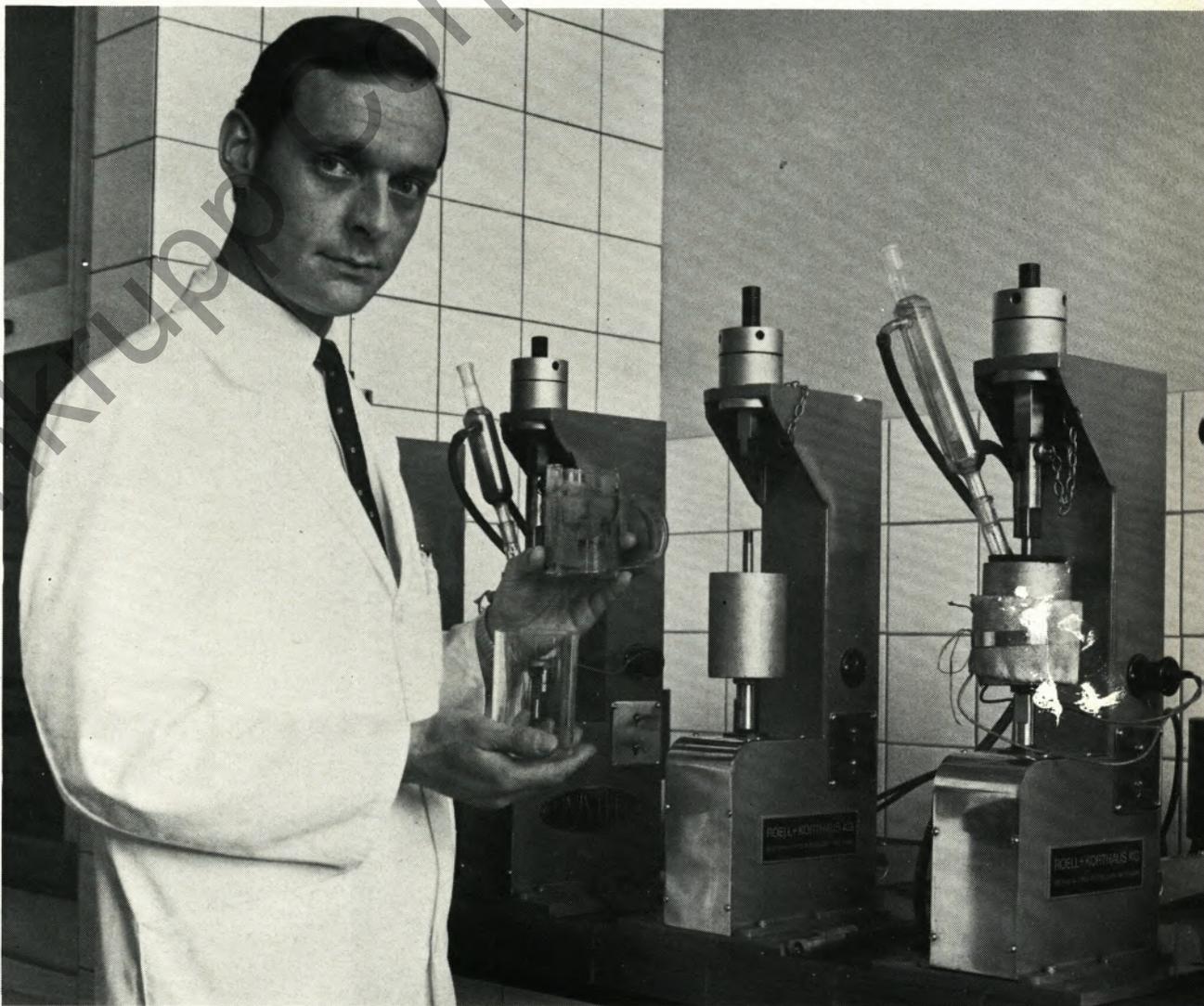
Durch diesen Vorschlag können erhebliche Strom- und Wasserkosten im Granulationsbecken am Hochofen 3 eingespart werden. Der Vorschlag, den Albert Fässer einreichte, wurde mit 750 DM prämiert. Sein Verbesserungsvorschlag bedingt einen wesentlich geringeren Arbeitsaufwand für Reparaturen an den Kaminschiebern der Ofen I-V im

Siemens-Martin-Werk Ila. Der gemeinsam eingereichte Verbesserungsvorschlag von Herbert Pech und Richard Wodoris wurde mit einer Prämie von 600 DM belohnt. Der Vorschlag bezieht sich auf die Fertigung von Preßteilen im Preßwerk. Durch den rationellen Arbeitsablauf kann jetzt der jeweilige Auftrag schneller abgewickelt werden.





Mit 110 DM wurde der Verbesserungsvorschlag von Johannes Terhardt, Angestellter in den Sozialbetrieben, belohnt. Die Hochdruckleitungen der Sauerstoff-Schutzgeräte waren bislang mit einer Klebmasse und einem Leimband umwickelt. Durch häufigen Gebrauch, Transport und Reinigung, wurde diese Schutzumhüllung beschädigt und bröckelte leicht ab. Dadurch wurde die Leitung freigelegt und erst nach einem Auswechseln der Leitungen war das Gerät wieder einsatzfähig. Terhardt schlug daher vor, die beschädigte Schutzumhüllung völlig zu entfernen und die Hochdruckleitung mit einem Gummischlauch zu überziehen. Johannes Terhardt errechnete eine erhebliche Kostenersparnis, da die Hochdruckleitungen nun nicht mehr beschafft zu werden brauchten. Sein Vorschlag ist einfach in der Durchführung, erfordert wenig Arbeitszeit und macht die Hochdruckleitungen im Nu wieder einsatzfähig.



Mit 225 DM wurde der Verbesserungsvorschlag von Manfred Gehrman, Metallograph im Forschungsinstitut, Abteilung Oberflächenschutz, bewertet. In die Spannungsrißkorrosions-Prüfmaschinen der Abteilung Oberflächenschutz wurden bislang Glasgefäße für die Prüflösung eingesetzt. Beim Einspannen der Proben oder auch durch den Ausfall der Wasserkühlung zersprangen diese Gläser häufig. Gehrman schlug vor, statt der Gläser Blechgefäße aus Stahlblech zu nehmen. Diese Gefäße bewährten sich so gut, daß alle sechs Prüfmaschinen damit ausgerüstet wurden. Eine Beeinflussung der Prüfergebnisse durch die Blechgefäße entstand nicht.

Betri

die Ursache wird oft falsch gedeutet

Menschliches Versagen—auf diese Formel wird nur zu oft das Fehlverhalten des Arbeiters bei Unfällen im Betrieb gebracht. Damit soll ausgedrückt werden, daß es eigentlich keinen Unfall geben könnte, wenn die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten würden. Aber nicht in jedem Fall entsprechen die geforderten Leistungen im Arbeitsleben den physiologischen Bedingungen des Menschen. Es muß zwischen Leistungsvorbedingungen, die bestimmt werden von verschiedenen Umweltfaktoren wie etwa Tageszeit, Jahreszeit sowie Witterung und Lärmbelästigung und einer Leistungsbereitschaft unterschieden werden, die von den Sinneswahrnehmungen, von der Reaktion des zentralen Nervensystems und der unbewußten physischen und psychischen Leistungsfähigkeit des Arbeiters abhängt. Zu diesem Ergebnis kommt Professor Dr. Wolf Müller-Limmroth, Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie an der Technischen Hochschule in München, in seinem Artikel, dessen ersten Teil wir in dieser Ausgabe abdrucken. Hier beantwortet er zunächst die Frage, welche Faktoren die körperliche Leistungsfähigkeit des Menschen beeinflussen.

von Professor
Dr. Wolf Müller-Limmroth

Leistungsumfall-

Die Physiologie ist die Lehre von den Funktionsabläufen im menschlichen Organismus. Dementsprechend behandelt die Arbeitsphysiologie alle Fragen und Probleme, die bei der Berufsarbeit und im Sport auftauchen, wenn es darum geht, den arbeitenden Menschen vor Überlastungen zu schützen und die wertvolle Arbeitskraft des Menschen mit möglichst geringem Energieaufwand optimal einzusetzen.

Dabei hat man zunächst abzuklären, wie denn eigentlich die Leistung zustande kommt, die der Mensch vollbringt. Da sind zuerst wohl die Leistungsvorbedingungen zu nennen, die für eine gute Leistung optimal sein müssen. Man versteht darunter unter anderem die Jahreszeit, die Witterung und die Tages- bzw. Nachtzeit, die Kleidung und Ernährung des Arbeiters, ferner die Konstruktion des Arbeitsgeräts und der zu bedienenden Maschine. Selbst die Gruppe, mit der ein Berufstätiger zusammenarbeitet und die dem Arbeiter vorgesetzten Mitarbeiter sind nicht zu unterschätzende Leistungsvorbedingungen.

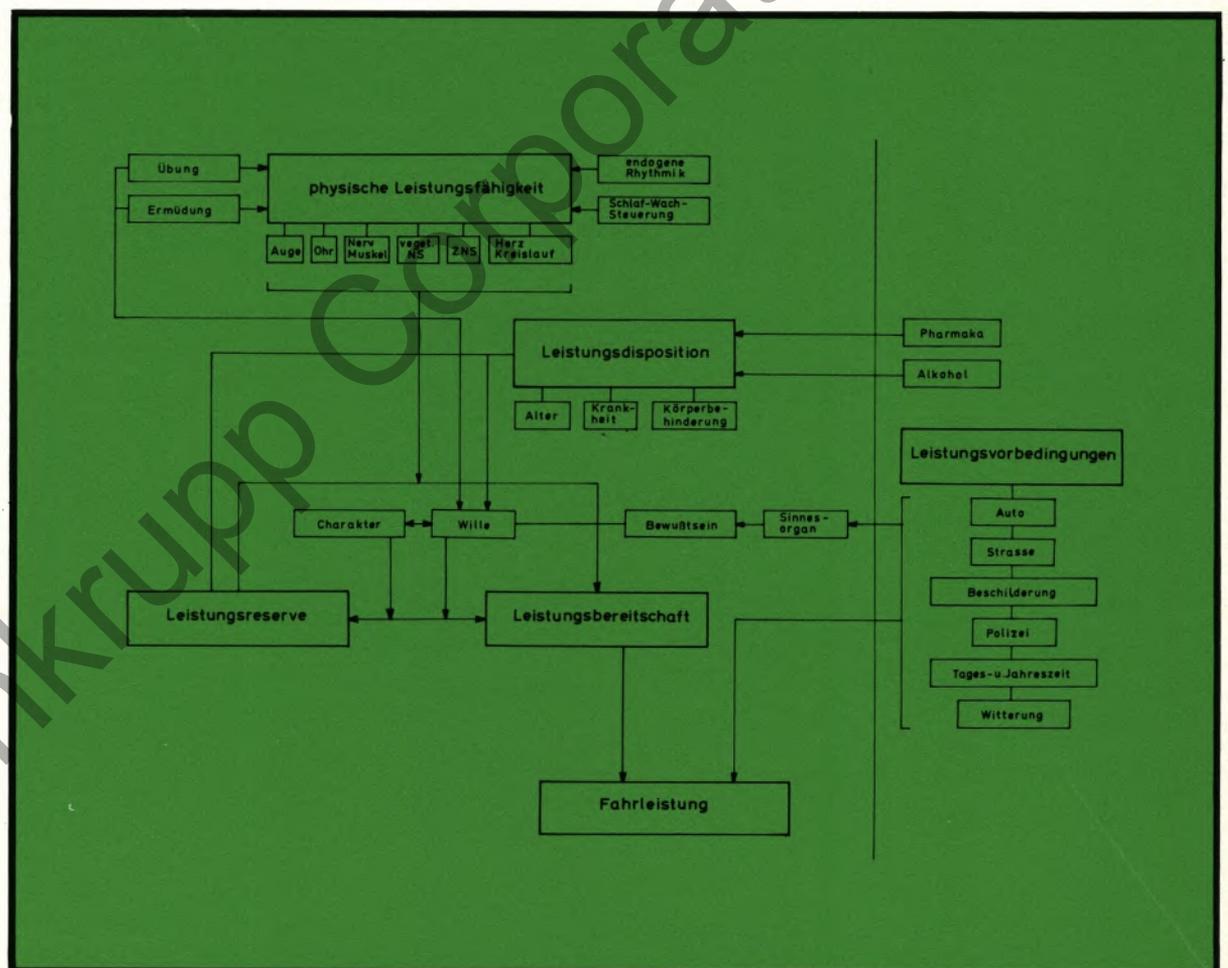
Ist nur ein Faktor dieser Leistungsvorbedingungen ungünstig, so führt das automatisch zu einer Herabsetzung der Leistungsbereitschaft und damit auch der Leistung. Die Leistungsvorbedingungen wirken sich nämlich im einfachsten Fall so aus, daß sie mit den Sinnesorganen, dem Auge, Ohr oder den Hautsinnen (Druck, Temperatur) erfaßt und dem Bewußtsein zugeleitet werden, von wo aus über den Leistungswillen die Leistungsbereitschaft gesteigert, aber auch herabgesetzt werden kann. Wie die grafische Abbildung 1 zeigt, geschieht das über eine Wechselwirkung zwischen Leistungsbereitschaft

und Leistungsreserve. Naturgemäß bestehen hier bezüglich der Leichtigkeit, mit der so etwas geschieht, individuelle Unterschiede, die von der charakterlichen Veranlagung abhängig sind.

Wenn man in der Praxis von einem verschieden großen Arbeitseifer oder einer Arbeits-

ren Situationen im Betrieb unabdingbar sein, jedoch sollten solche Situationen nicht zur Regel im Berufsleben werden. Generell muß gelten, daß die vorhandenen Leistungsreserven nicht in der beruflichen Arbeit total eingesetzt werden.

Vielmehr ist in der modernen Industriewelt anzustreben, daß



willigkeit spricht, so meint man eben damit die vom Charakter abhängige Neigung „im Beruf mehr oder weniger aufzugehen“. In jedem Fall bedeutet das in solchen Fällen immer, daß eine Erhöhung der Leistungsbereitschaft auf Kosten der Leistungsreserven geht. Zwar kann das unter besonde-

Schematische Darstellung der Wechselwirkung der verschiedenen Leistungsfaktoren, im vorliegenden Fall auf das Führen eines Kraftfahrzeugs angewandt. Einzelheiten dazu im Text.

vorhandene Leistungsreserven für den „privaten Bereich“ des Arbeitnehmers nach Feierabend und in der Freizeit zur Verfügung stehen. So gesehen, ist es auf die Dauer problematisch, mit Leistungsprämien, Förderzulagen und anderen Maßnahmen mehr, den Leistungswillen anzufachen, um

die Leistungsbereitschaft und dann auch die Leistung selbst zu erhöhen.

Es muß das Bestreben der Arbeitsphysiologie sein, dem Arbeitnehmer Maßnahmen näherzubringen, die Leistungsbereitschaft und Leistungsreserve, also die eigentliche körperliche Leistungsfähigkeit insgesamt zu steigern vermögen. Alle Bestrebungen, die lediglich eine Mobilisation von Leistungsreserven zum Ziel haben, tragen die Gefahr einer Ausschöpfung der Reserven und damit einer Erschöpfung des Menschen in sich. Wenn sie im Sport durch Medikamente herbeigeführt werden, spricht man vom „Doping“.

Weitaus schwieriger erkennbar sind diejenigen Auswirkungen von Leistungsvorbedingungen, die zwar auch über die Sinnesportalen dem Gehirn mitgeteilt werden, jedoch unbewußt bleiben, trotzdem „Vorstellungen“ in den Funktionsabläufen im Körper auslösen, die nicht nur die Leistung herabsetzen, sondern auch eine Erhöhung der Unfallgefahr darstellen. Lärm, falsche Beleuchtung, ungünstiges Klima, ungünstige Arbeitsplätze und -sitze senken schon unbewußt die Leistungsbereitschaft und so die Leistung. Ein Unternehmen, das folglich die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer optimal gestaltet, beweist nicht nur eine gute soziale Einstellung, sondern schafft zugleich im unternehmerischen Sinn beste Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktivität, d. h. auch das stellt eine Rationalisierungsmaßnahme dar.

Neben den Leistungsvorbedingungen vermag auch die Leistungsdisposition auf die Leistungsbereitschaft Einfluß zu

nehmen. Unter ihr versteht man die körperliche Verfassung, die im wesentlichen von Alter, Krankheit und Körperbehinderung abhängt. Auch von diesem Leistungsfaktor aus wird die Wechselbeziehung zwischen der Leistungsbereitschaft und -reserve je nach der Ausgangslage positiv oder negativ beeinflusst, und wiederum sowohl bewußt oder unbewußt. Es ist die Aufgabe des Werksarztes, der die einzelnen Arbeitsplätze im Betrieb kennt, den neu einzustellenden oder zu versetzenden Arbeitnehmer entsprechend seiner Leistungsdisposition so einzusetzen, daß der Betreffende nicht überlastet wird. Wenn nämlich die physische Leistungsfähigkeit mit dem Lebensalter abnimmt, so kann an dem gleichen Arbeitsplatz, an dem man in jungen Jahren mit einer gewissen Leistungsbereitschaft „seinen Mann stand“, die geforderte Tätigkeit nur durch Inanspruchnahme von Leistungsreserven noch ausführen, die Tätigkeit ist subjektiv anstrengender geworden und führt objektiv zur Erschöpfung. Selbst eine banale Erkrankung bewirkt eine stärkere Mitbeteiligung von Leistungsreserven. Das gleiche gilt für eine körperliche Behinderung.

Aus allem ergibt sich, daß die eigentliche physische Leistungsfähigkeit eines Menschen die Summe aus Leistungsbereitschaft und -reserve darstellt. Und alle physiologischen Maßnahmen, die eine Erhaltung oder Steigerung der Leistungsfähigkeit anstreben, sollten eben beide Faktoren vergrößern und nicht einen Teilfaktor auf Kosten des anderen.

Aber selbst die gesamte physische Leistungsfähigkeit ist nicht einheitlicher Natur, sondern setzt sich vielmehr aus mehreren Komponenten zusammen. Zudem wird sie noch vom Übungsgrad, von der Ermüdung, der biologischen Rhythmik und der Schlaf-Wach-Steuerung moduliert. Die wichtigsten Teilkomponenten für das „fit sein“ sind die Muskelkraft, die Ausdauer und die Geschicklichkeit, über die in den folgenden Abschnitten speziell gesprochen werden soll. Außerdem werden dabei die Ermüdung und die Tageschwankungen berücksichtigt werden müssen.

(Fortsetzung im nächsten Heft)

'GRATISTELEFON' GEGEN EINSAMKEIT IM ALTER

der Grundgebühr durch die Öffentliche Hand nach dem Bundessozialhilfegesetz „ein taugliches Mittel der Altenhilfe“ sei. Das Urteil verpflichtete die Stadt Frankfurt, über den Antrag einer 70-jährigen alleinlebenden Witwe auf Übernahme der Telefonkosten erneut zu entscheiden. (Aktz: V OE 55/68)

Die Bundesregierung hat vor kurzem mitteilen lassen, der Bund sei nicht in der Lage, alleinstehenden Körperbehinderten und gebrechlichen älteren Bürgern die Kosten für die Errichtung eines Telefonanschlusses und die monatlichen Grundgebühren zu ermäßigen. Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums, Holger Börner, hatte aber im Bundestag zugleich darauf hingewiesen, daß der Träger der Sozialhilfe in Einzelfällen im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes die Möglichkeit habe, einen Beitrag zu diesen Kosten zu leisten.

ster Wittwer. Inzwischen haben sich auch die Stadtverordneten von Oberursel (Obertaunus-Kreis) entschlossen, dem Beispiel der Gemeinde Kriftel zu folgen. Nur wenige Wochen wird es dauern, meint Oberbürgermeister Heinrich Beil, bis die Vorarbeiten, die Erhebung der Adressen Oberurseler Altbürger, bewältigt sein werden und Beauftragte der Freien Wohlfahrtsverbände oder Krankenpflegestationen an der Haustür das Telefongeschenke der Gemeinde ankündigen. Die Bürgermeister von Oberursel und Kriftel denken jedoch an keine Massenaktion: nur wer allein lebt und über ein Einkommen verfügt, das das Zwei- bis Dreifache des Sozialhilferichtsatzes nicht übersteigt, kann das „Gemeindetelefon“ erhalten.

Gestützt werden diese „noch einsamen Entschlüsse“ der beiden Taunusgemeinden von einem Urteil des hessischen Verwaltungsgerichts in Kassel vom 20. Januar. In einer Entscheidung gegen die Stadt Frankfurt heißt es, daß die kostenlose Installation eines Telefons sowie die Übernahme

Zu eine der härtesten Strafen, die Gerichte verhängen können, sind in der Bundesrepublik zunehmend ältere Menschen verurteilt: Sie leben allein, sozusagen in Einzelhaft in ihren vier Wänden. Mit der Installation von Gratis-Telefonen wollen jetzt zwei Taunusgemeinden diesen alten Mitbürgern helfen, zumindest „per Draht“ das Tor zur Außenwelt offen zu halten. Das von den Gemeinden verschenkte „Telefonschwätzchen“ soll den älteren, alleinstehenden Menschen – zu denen nach statistischen Berechnungen in wenigen Jahren jeder sechste bis siebte Einwohner der Bundesrepublik gehören wird – sowohl zur Unterhaltung dienen als auch bei Krankheit und in Notfällen helfen.

Die Erfahrung schmerzvoller Einsamkeit und Mutlosigkeit bei einem Krankenhausaufenthalt brachten den Bürgermeister von Kriftel (Main-Taunus-Kreis), Josef Wittwer, auf die Idee zur Altenhilfe im neuen Stil. Innerhalb ihrer mittelfristigen Finanzplanung billigte die Gemeindevertretung von Kriftel im Januar einen Etatposten von rund 12 000 Mark für die kostenlose Einrichtung von Telefonen für allein lebende und bedürftige Mitbürger vom nächsten Jahre an. „Mit 37 Telefonen wollen wir anfangen“, berichtete der Bürgermeister, „andere Telefongeschenke werden folgen.“ Nach ersten Erhebungen kommen etwa 120 alte Bürger in Kriftel nach vorläufig formulierten Grundsätzen für die Einrichtung des Gratistelefons in Frage. Die Gemeinde wird allerdings nur die Kosten der Grundgebühr und der Installation übernehmen. Gesprächsgebühren müssen die alten Bürger selbst bezahlen.

Kriftels Beitrag zur Altenhilfe habe bundesweites Echo gefunden, berichtet Bürgermei-



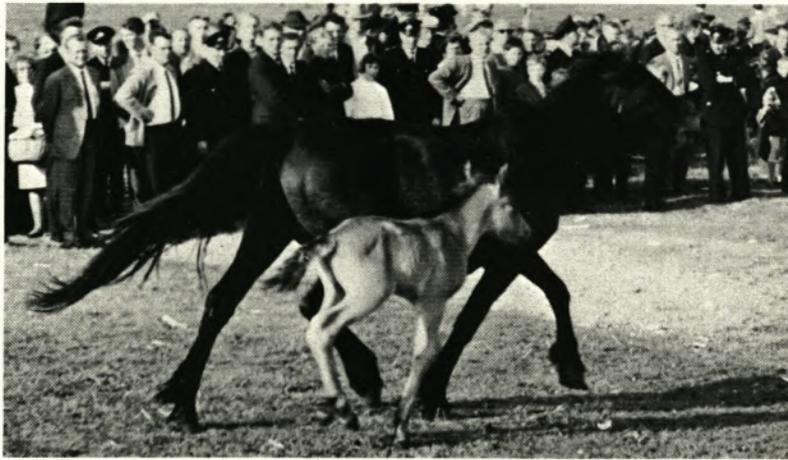
Von ferne ein leises Geräusch. Dumpf. Es wird lauter. Bedrohlicher. Erregender. Die Erde beginnt zu beben. Man hört Schnauben, Getrappel, Pferdehufe in stiebendem Galopp über satte Wiesen und Weiden. Der Blick der Menge wandert in eine Richtung. Weit steht das Gatter der Stadion-Arena auf. In dem ausladenden Oval der Anlage scheint es mucksmäuschenstill zu werden: alles hört nur auf das immer stärker anschwellende Gedröhn. Und dann donnern sie mit wehenden Mähnen und Schweifen in das Areal, von freier Wildbahn in ihr „Gefängnis“: die gelbbraunen, grauen Dülmener Wildpferde, nur knapp einen

Cowboy im Münsterland



Romantik

Meter und 50 Zentimeter hoch, schnell, zäh, ausdauernd, quicklebendig, temperamentvoll, rassig.



Einmal im Jahr, fast regelmäßig am letzten Sonntag im Monat Mai, lockt der Wildpferdefang im Meerfelder Bruch, arrangiert und genehmigt von dem betagten Herzog von Croy, Tausende aus dem Münsterland, der Bundesrepublik, aus Belgien und den Niederlanden lockt es dann in die Arena bei Dülmen in der westfälischen Ebene. Einmal im Jahr wird dieses Fang-Schauspiel in ein turbulentes, deftiges Volksfest „umfunktioniert“.

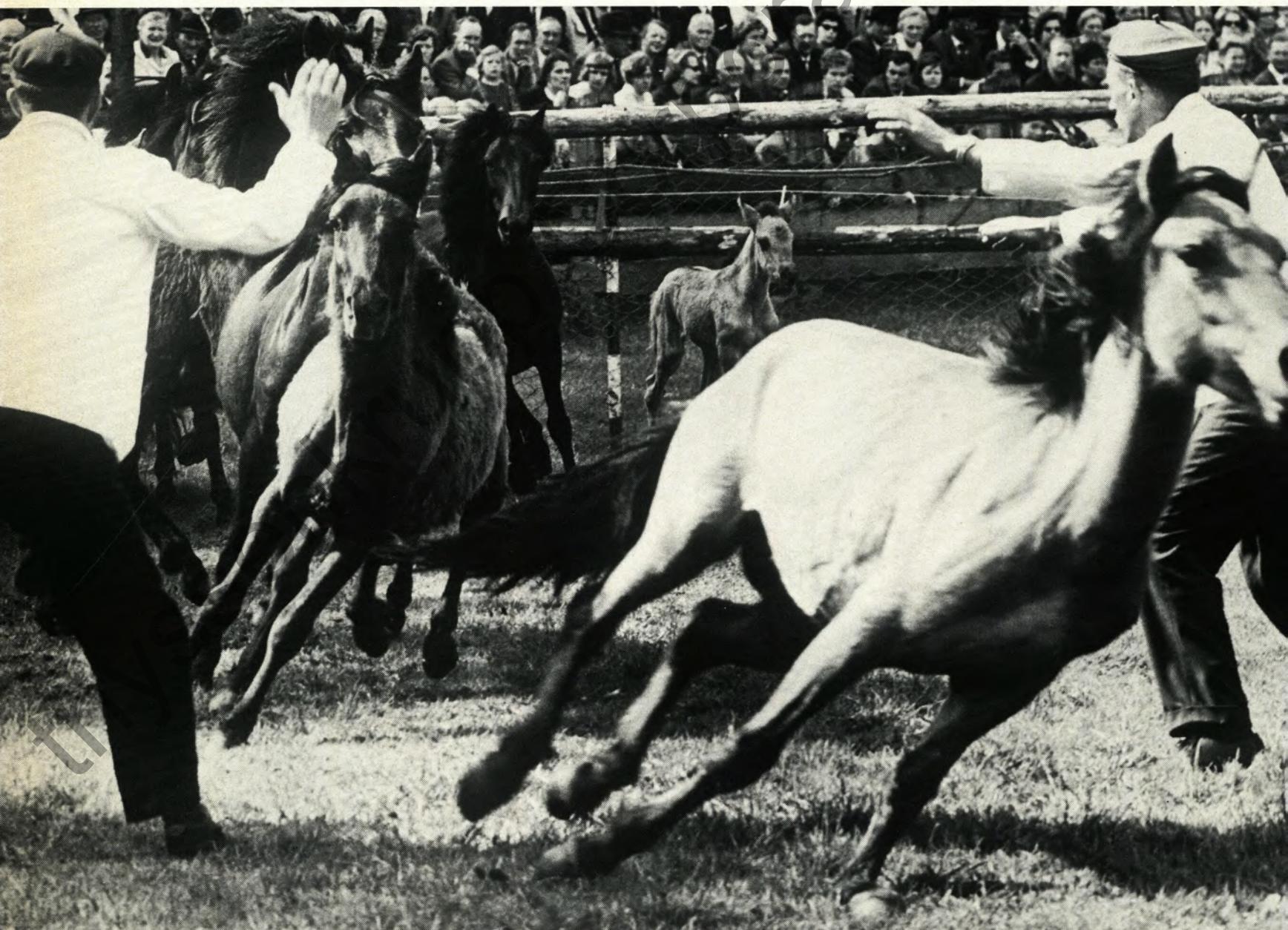
Seit über 600 Jahren betreibt das alteingesessene Geschlecht



der von Croy die Zucht von Wildpferden. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ließen die Herzöge die Wildpferdeherden einfangen: in eingefriedeter Wildbahn kam es in dieser Rasse zu einer strengen Auslese - ohne Stall, ohne Pflege überlebten nur die „Besten“.

Heute beaufsichtigt die Herzog von Croy'sche Domänen- und Forstverwaltung rund 200 Dülmener Wildpferde in einem 200 Hektar großen Gelände. Jährlich im Mai werden die Wildlinge zusammengetrieben und à la Cowboy-Romantik des Wilden Westens per Schlinge von den westfälischen Bauernjungen gefangen. Etwa 30 Tiere werden pro Jahr auf diese Art aussondiert, versteigert, verkauft, „an den Mann“ gebracht.

Und - nach dem fachmännischen Urteil der pferdevernarnten Westfalen - werden Dülmener Wildpferde als „intelligent und gelehrig“ bewertet. Übrigens geben die pony-



haft kleinen, gezähmten Wildlinge gute Reitpferde für den Nachwuchs ab.

Die Zucht ist eine anstrengende Sache: Einmal jährlich werden die Hengste eingefangen, die Stuten in zwei Herden geteilt und wieder in die freie Wildbahn zurückgeschickt. Im Sommer wird je ein Deckhengst zu den Stuten „zugelassen“. Um Inzucht zu vermeiden, bleiben

diese Hengste nur je vier Jahre bei dem ihm zugeteilten Kollektiv.

Wieviel Arbeit diese Zucht bereitet — davon ahnt der Besucher des Volksfestes im Mai nichts (oder kaum etwas). Er sieht nur die stampfenden, unruhigen, nichts Gutes ahnenden Tiere, die eine enorme Kraft im Gefahrenmoment entwickeln. Ein „Lied“ davon

können die Burschen singen, die beim Fang Püffe oder einen Schlag mitbekommen haben. Blaue Flecken zählen zum Selbstverständnis dieser derb zupackenden Fänger, denen es eine Mannesehre ist, bei diesem westfälischen „Ereignis“ aktiv beteiligt zu sein.

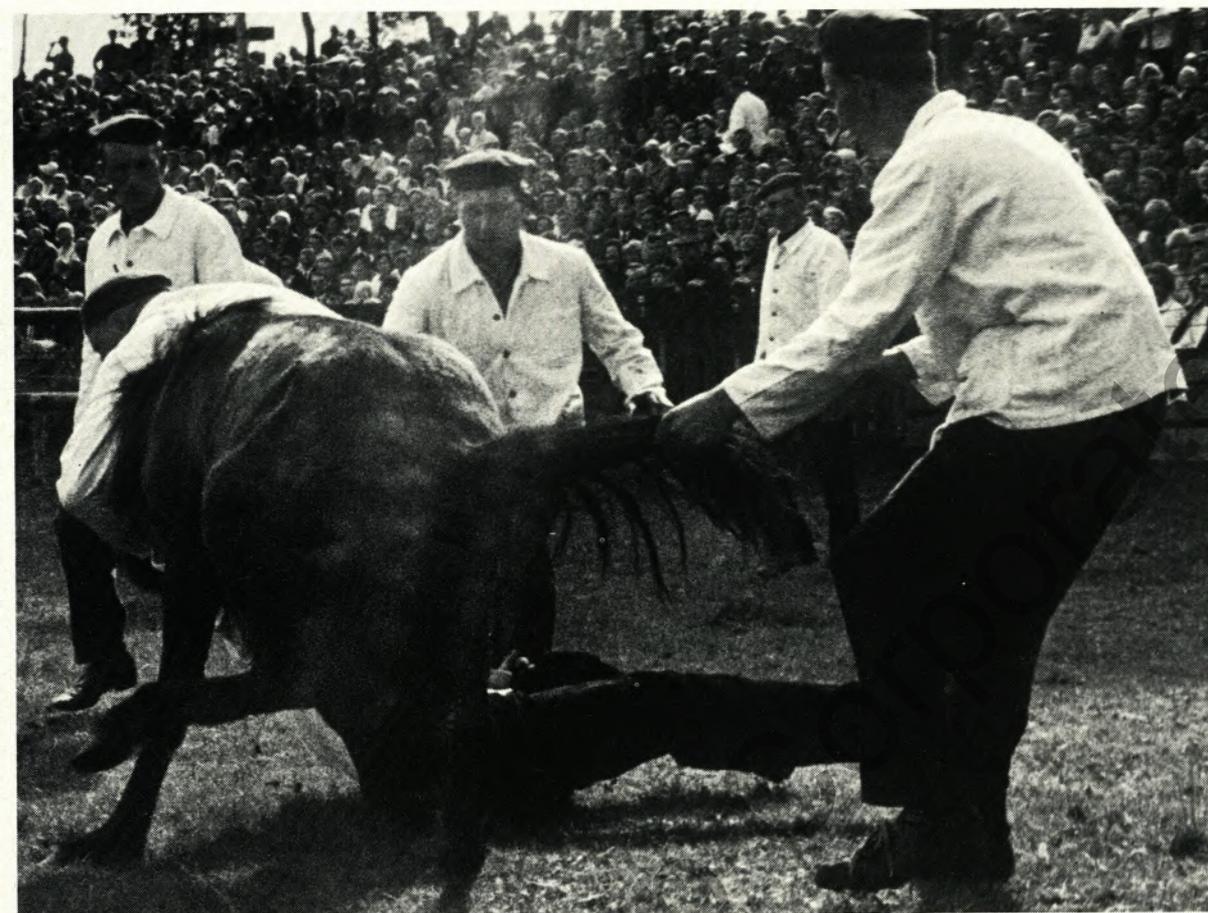
Das „Drumherum“ dieser Münsterländer „Gaudi“ ist leider weniger schön: kirmesartiger

Trubel herrscht auf dem weitläufigen Gelände. Es riecht nach billigem Fett an Bratwurst-Ständen und Mandel-Buden. Die satten Wiesen sind dekoriert mit Papierfetzen, Schnipseln und Abfall. Unausbleibliches Relikt, wenn Tausende zusammenkommen, sich drängen, sich gegenseitig auf den Fußspitzen stehen.

Aber dafür sind sie dabei: Bei einem herrlich wilden, aufregenden Spektakel, das man so schnell nicht vergißt. Denn eines steht fest: Wer diese westfälische „Corrida“ einmal erlebt hat, der kommt auch ein nächstes Mal. Daß es so ist, kann unter vielen anderen der Verfasser dieses Artikels bezeugen.

Vielleicht sind auch Sie beim nächsten Wildpferdefang im Meerfelder Bruch, nur knapp 100 Kilometer vom „Kohlenpott“ entfernt, dabei ...?

HJL



1 Bei Heinrich Bongartz, Belegschaftsmitglied der HOAG, war Fortuna besonders großzügig. Er gewann den Hauptpreis von 1 000 DM beim großen Urlaubs-Preiswettbewerb der IG-Metall. Neben Heinrich Bongartz konnten noch zehn weitere Belegschaftsangehörige der HOAG aus der Hand des IG-Metall-Bevollmächtigten Heinz Schleußer je einen Gutschein für Urlaubsreisen in Höhe von 250 DM entgegennehmen.

2 Die Ruhrfestspiele sind keine Angelegenheit des Establishments, sondern sie haben sich das eine Ziel gesetzt: Sie wollen uns alle ansprechen. Der Vorwurf, die Ruhrfestspiele seien bürgerlich und bereits zu sehr etabliert, war Grund genug, um in einer öffentlichen Veranstaltung mit den Vertrauensleuten im Berufsbildungszentrum der HOAG darüber zu diskutieren. Doch wurde der Stoff nicht trocken, sondern in Form eines Dialogs junger Schauspieler den Zuschauern vorgetragen. Anschließend sprach der Leiter der Ruhrfestspiele und Kulturreferent des DGB, Dr. Hagin, zu den Vertrauensleuten. Der Referent warb dabei vor allem um Verständnis bei der Arbeiterschaft für die Ruhrfestspiele und ihr künstlerisches Engagement.

3 Ein Stück HOAG-Tradition mußte in den vergangenen Wochen den Planiererraupen weichen. Die ehemalige Schreinerei und die alte Schmiede im Bereich des Blechwalzwerks, sie gehörten mit zu den ältesten Bauten im Werksgelände der HOAG, wurden dem Erdboden gleichgemacht. Da die Hallen schon seit langem leerstanden und überdies baufällig waren, wurden sie für abbruchreif befunden. Jetzt steht nur noch der gußeiserne Torbogen auf diesem Gelände, der noch vor etwa 20 Jahren im alten Pfortnerhaus eingebaut war. Der Torbogen, ein Erzeugnis der damaligen Graugußgießerei der Gutehoffnungshütte, ist beim Neubau des Pfortnerhauses umgesetzt worden.

4 Schnelles und mutiges Eingreifen eines Arbeitskollegen bewahrte den Maurer Bernhard Vogelsang vor schweren Verbrennungen: Da-

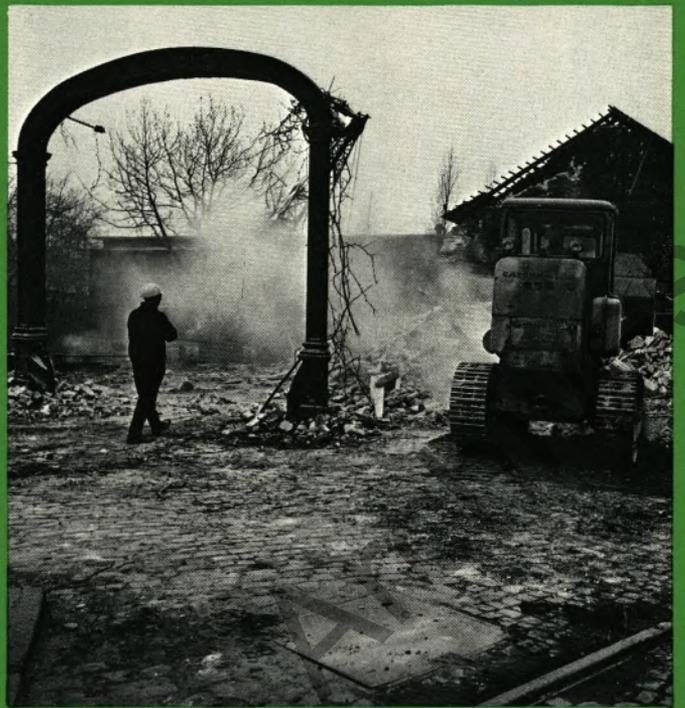
für erhielt Erwin Königsmann, Schichtführer in der Feinblech-Zurichtung eine Belohnung von 400 DM.

Das war geschehen: Ein Kranführer, der in der Warmbandscherenlinie eingesetzt war, bemerkte hinter dem Glühofen einen in Flammen stehenden Arbeiter. Durch Handzeichen machte er die im Coil-Einlauf Beschäftigten darauf aufmerksam. Erwin Königsmann, der sich gerade auf einem Betriebsrundgang befand, reagierte als erster und lief sofort zum Ofen. Er warf den Maurer Vogelsang zu Boden, um so die Flammen ersticken zu können. Anschließend riß er ihm die noch glühenden Kleider vom Körper und sorgte für einen schnellen Transport zum Heilgehilfen. Durch das sachgerechte Eingreifen trug der Verletzte lediglich Verbrennungen in der Rückengegend davon. Die Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft Essen belohnte Königsmann für Rettung aus Unfallgefahr mit einer Prämie von 200 DM. Sicherheitsingenieur Hoppe konnte im Auftrag der HOAG ebenfalls eine Prämie von 200 DM überreichen.

5 Über 500 Belegschaftsmitglieder der HOAG beteiligten sich an der Blutspende, zu der unser Unternehmen aufgerufen hatte. Wie in den vergangenen Jahren wurden auch dieses Mal einige Räume in der alten Werkschule für diese Zwecke hergerichtet. Das Blut ist für die Blutbanken in Düsseldorf und Dortmund bestimmt, wo es zu Blutkonserven verarbeitet wird. In der Blutbank kann das gespendete Blut 21 Tage gekühlt und unter Berücksichtigung der verschiedenen Blutgruppen verarbeitet werden. Danach wird dem Blut der Farbstoff entzogen und zu Blutplasma hergestellt, das unbegrenzt haltbar ist. Das Blutplasma wird in erster Linie für die Erste Hilfe am Unfallort verwendet.

6 Ein kräftiger Imbiß stärkte die Belegschaftsmitglieder, die sich freiwillig zur Blutspende gemeldet hatten. Die Blutspendeaktion, die an zwei Tagen im April stattfand, hatte in diesem Jahr einen unerwartet großen Zustrom. Es bleibt nur zu hoffen, daß die nächste Aktion, die für Mitte Dezember festgesetzt ist, auch soviel Zuspruch findet.





2

3

rückblick in bildern und berichten



5

6

LEKTÜRE

Lähmendes Entsetzen

Babs H. Deal: Sieben Frauen, Roman, Wegner-Verlag, 20 DM. Bei Abbrucharbeiten eines Studentenheimes werden in einem Schacht die Gebeine eines Säuglings gefunden: ein furchtbares Verbrechen wartet auf seine Aufklärung. Sieben Frauen geraten in den Verdacht. Um dieses Septett kreist erregend dieser Roman, geschickt die Möglichkeiten von Unterhaltung und „Gänsehaut“ abklopfend. Erinnerung und Gegenwart – die in Betracht kommenden Frauen sind mittlerweile Avancierte im Alter von ungefähr 40 Jahren – wechseln wie in raffinierten Filmblenden miteinander ab; dennoch behält die Autorin (und damit auch der Leser) stets den Überblick.

Die Hohe Schule

Von Lipizzanern und der Spanischen Reitschule. Umschau-Verlag, 19,80 DM (mit großem Bildteil).

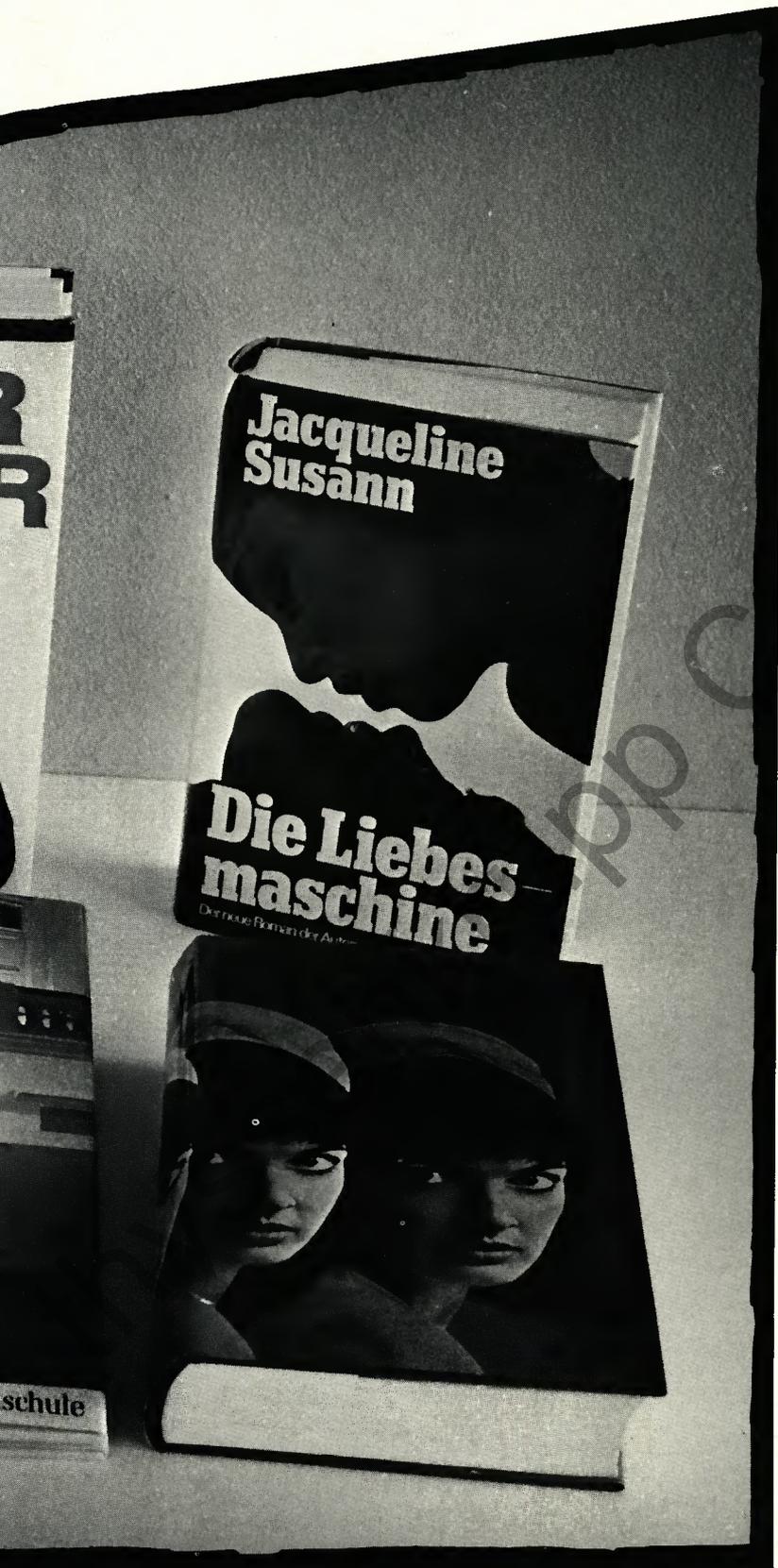
Man muß nicht unbedingt Pferdenarr sein, um diesem Buch Geschmack abzugewinnen. Oder anders ausgedrückt: um an dem fabelhaften Bildteil seine Freude zu haben. Die Ästhetik der Hohen (Reit-) Schule wird hier exemplarisch vorgestellt. Wie gesagt: ein Band nicht nur für Pferdenarren (doch die kommen erst recht auf ihre Kosten!).

Antike und Gegenwart

Margot Berthold: Weltgeschichte des Theaters, Kröner-Verlag, 48 DM.

Ein repräsentativer Band für alle Freunde des Theaters: für Laien wie für „Profis“ geschrieben. Das Buch vermittelt einen





kultur- und theatergeschichtlichen Überblick von den frühesten Anfängen bis zur lebendigen Gegenwart: Tradition und Moderne ergänzen sich in der intelligenten Gegenüberstellung und Zusammenfassung der profunden Sachwissen darlegenden Autorin, die in München Theatergeschichte doziert. Ein Geschenk- und „Lernband“, der Freude macht.

Exotische Gemälde

Gudrun Pausewang: Guadalupe. Roman, DVA-Verlag, 19,30 DM.

Alvarez, Gemüsehändler aus Asuncion, rettet den ertrinkenden Indio-Bauer Montoya aus der reißenden Strömung eines Urwaldflusses vor dem Tode: als sie sich gegenüberstehen, stellen sie fest – sie sind Feinde. Bolivien und Paraguay führen Krieg. So beginnt die schlichte Parabel dieser Autorin, sachlich, dennoch ergreifend, mit Plastizität – wie ein exotisches Gemälde – erzählt: der Widersinn des Krieges wird offenbar. Krieg bedeutet Untergang, Ende, Frustration, Verzweiflung. Wie wahr!

Liebe und Luxus

Jacqueline Susann: Die Liebesmaschine, Scherz-Verlag, 24,80 DM.

Jacqueline Susann garantiert Bestseller – auch dieser dürfte es werden (in den USA ist es es längst). Sie erzählt kraftvoll und sentimental, klischeehaft und prickelnd, offen und sexgeladen (eine merkwürdige Mischung also!) die für die Außenwelt schillernde, für die Beteiligten schonungslos-brutale „Wirklichkeit“ der ameri-

kanischen Vergnügungs- und Unterhaltungsindustrie. Sie klappt die Menschen, die voller Ehrgeiz und Härte in dieser Branche tätig sind, in ihren intimsten Szenen auseinander und liest in ihnen wie aus einem Buch – das ist das ganze Buch ...

Werden, Leben, Vergehen

Anthony Smith: Unser Körper – Wunder und Wirklichkeit des menschlichen Lebens. Piper-Verlag, 28 DM.

Endlich (so möchte man sagen) ein wirklich zu empfehlendes Buch über den menschlichen Körper, bei dem man weder zu erröten braucht noch Geschwafel vorgesetzt bekommt. „Unser Körper“ ist, um es kurz zu sagen, ein ausgezeichnetes „Biologie-Buch“, bei dem jung und alt die Zusammenhänge zwischen Werden, Leben und Vergehen anschaulich vermittelt werden.

Menschliches Dokument

Coretta Scott King: Mein Leben mit Martin Luther King. DVA-Verlag, 24 DM.

Coretta Scott King, Jahrgang 1927, Gattin des ermordeten Negerführers Martin Luther King, stellt als Motto über diese bewegenden Memoiren: „Ich habe dieses Buch geschrieben, weil es mich drängte, Menschen in aller Welt mitzuteilen, welche Erfüllung ich – als Frau und Mensch – mit M. L. King gefunden habe.“ Eine einfache Chronik rollt ab, warmherzig und (teilweise) humorvoll erzählt: in allem aber pulsiert der Auftrag Kings – ein neues, gerechtes Amerika zu schaffen. Eine Autobiografie, die aufrüttelt, die mahnt. *HJL*

sozialpolitische

Grundrenten: Die schon bisher mögliche Kapitalisierung der Grundrenten der Kriegsopter ist jetzt für alle Interessenten finanziell gesichert. Der Bundestag hat in 2. und 3. Lesung das Gesetz über die Abfindung verabschiedet. Damit wird die Finanzierung der Abfindung über den Kapitalmarkt aus Mitteln der Lastenausgleichsbank ermöglicht. Bisher mußte dafür alljährlich im Bundeshaushalt ein Betrag bereitgestellt werden, der aber wiederholt nicht ausgereicht hatte, um alle Wünsche zu befriedigen. Die Kapitalisierung einer Rente für den Zeitraum von 10 Jahren im voraus für den Bau von Eigenheimen und zum Kauf von Eigentumswohnungen muß wie bisher bei den Versorgungsämtern beantragt werden. Der Finanzbedarf wird für 1970 auf rund 170 Millionen Mark geschätzt, von denen der Bund jetzt entlastet wird. Er hat lediglich die Kosten und Zinsen der Finanzierung zu tragen.

Der Fortfall des zwei-prozentigen Beitrags der Rentner zur Krankenversicherung ist vom Bundesrat im zweiten Durchgang gutgeheißen worden. Das Gesetz kann damit wie vorgesehen verkündet werden und mit Wirkung vom 1. Januar 1970 an rückwirkend in Kraft treten.

Die während der ersten Monate des Jahres 1970 schon einbehaltenen Beiträge sollen im Mai zurückgezahlt werden. Der Beitrag war 1967 eingeführt worden, um die Krankenversicherungen zu entlasten. Nach dem Fortfall des Beitrags werden die Träger der Arbeiter- und Angestelltenversicherung entsprechend belastet. Die Beiträge der Versicherten der Knappschaft trägt der Bund.

Unterhaltshilfe: Als besonders eilbedürftig hat die Bundesregierung dem Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz zugeleitet. Der Entwurf sieht eine Erhöhung der gesetzlichen Unterhaltshilfe um rund 15 v. H. vor. Dieser Prozentsatz

berücksichtigt die Tatsache, daß die Unterhaltshilfe letztmalig durch die 20. Lastenausgleichs-Novelle vom 1. 6. 1967 an erhöht wurde. Die neue Anpassung soll nach dem Willen der Bundesregierung im Interesse der Betroffenen und der Verwaltung so rechtzeitig verabschiedet werden, daß die vorgeschlagenen Verbesserungen mit dem 1. 6. 1970 wirksam werden.

Mit der neuen Gesetzesvorlage will die Bundesregierung alle Unterhaltshilfe-Empfänger an dem Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1967 teilnehmen lassen. Aus diesem Grunde wird auch der Zuschlag für ehemals Selbständige erhöht, wie es der Bundestag in seiner Entschließung vom 13. 6. 1969 gefordert hat. Der vorliegende Entwurf führt für die Zeit der Unterhaltshilfe, die bis über das Jahr 2000 hinaus wirksam sein wird, zu Mehrausgaben von insgesamt rund 2,2 Milliarden DM. Der Lastenausgleichsfonds wird hiervon 1,1 Milliarden DM, die Länderhaushalte werden 740 Millionen DM und der Bundeshaushalt 370 Millionen DM zu tragen haben.

Die jährlichen Mehrausgaben werden für 1970 auf insgesamt 97 Millionen DM und für 1971 auf insgesamt 200 Millionen DM geschätzt. Im weiteren Verlauf der Entwicklung sinken die jährlichen Mehrausgaben jedoch ab. Die jährliche Mehrbelastung allein für den Bundeshaushalt beträgt im Zeitraum der mehrjährigen Finanzplanung für 1970 16 Millionen DM, für 1971 33 Millionen DM; sie sinkt 1972 auf 28,5 Millionen DM und 1973 auf 26,5 Millionen DM.

Sozialrecht: Das Sozialrecht soll vereinfacht und für die Bevölkerung überschaubarer gemacht werden. Zu diesem Zweck will die Bundesregierung ein Sozialgesetzbuch schaffen. Zur Unterstützung dieser schwierigen und umfangreichen Arbeit hat das Bundeskabinett die Bildung einer Sachverständigenkommission beschlossen. Auf Vorschlag des Bundesarbeitsminis-

ters sollen Wissenschaftler des Sozial-, Arbeits- und Verwaltungsrechts, Richter aus der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, Vertreter der Sozialpartner und der Länder sowie der Spitzenverbände und Verwaltungen der wichtigsten Sozialbereiche der Kommission angehören. Die insgesamt 29 Mitglieder werden in Kürze berufen.

Die angestrebte größtmögliche Überschaubarkeit und Vereinfachung des Sozialrechts soll dadurch erreicht werden, daß möglichst viele Bereiche, die sozial- und rechtspolitische Gemeinsamkeiten aufweisen, nach einheitlichen Grundsätzen überarbeitet und in dem Sozialgesetzbuch zusammengefaßt werden. Darüber hinaus soll das Sozialrecht – soweit erforderlich – an die gewandelten gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Verhältnisse angepaßt werden. In erster Stufe soll möglichst noch in dieser Legislaturperiode ein „Allgemeiner Teil“ dieses umfangreichen Gesetzeswerkes beschlossen werden, in dem grundsätzlich alle gemeinsamen Tatbestände der in das Sozialgesetzbuch einbezogenen Sozialbereiche geregelt werden.

Steuerfreiheit: Die Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit zu Lohn und Gehalt sollen in Zukunft steuerfrei sein, unabhängig davon, ob diese Arbeit freiwillig oder auf Grund gesetzlicher bzw. tariflicher Pflicht geleistet wird. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesmi-

nisterium der Finanzen, Dr. Reischl, auf eine parlamentarische Anfrage mitteilte, will die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Wörtlich erklärte der Staatssekretär:

„Die Frage, durch welche gesetzgeberische Maßnahmen die vom Bundesverfassungsgericht geforderte steuerliche Gleichbehandlung zu Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit herbeigeführt werden kann, soll endgültig im Rahmen der vorgesehenen Steuerreform entschieden werden. Da ein Abschluß dieser Steuerreform aber zwangsläufig erst in der zweiten Hälfte der laufenden Legislaturperiode erwartet werden kann, hält die Bundesregierung eine gesetzliche Übergangsregelung für erforderlich. Sie wird hierzu in Kürze einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, der für die Übergangszeit eine Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die bisher nicht begünstigten Zuschläge vorsehen wird.“

Wie Reischl weiter ausführte, fallen etwa 17,5 Mill. Arbeitnehmer unter den Anwendungsbereich von Tarifverträgen. Davon erhalten etwa drei Millionen Arbeitnehmer steuerfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Nicht unter den Geltungsbereich eines Tarifvertrags fallen – abgesehen von den gesetzlichen Arbeitszeitregelungen für Beamte u. ä. – etwa 600 000 Arbeitnehmer, von denen aber nur rd. 100 000 Arbeitnehmer Zuschläge erhalten; diese Zuschläge waren

nachrichten

bisher steuerpflichtig und würden nach der vorgesehenen Übergangsregel künftig steuerfrei bleiben.

Bei der Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die bisher steuerpflichtigen Zuschläge für 100 000 Arbeitnehmer würde ein Steuerausfall für Bund, Länder und Gemeinden von etwa zehn Millionen DM jährlich zu erwarten sein. Die Einkommensbegrenzung für die Steuerfreiheit liegt bei einem Jahreseinkommen von 24 000. Sie soll vorläufig nicht verändert werden.

Kleinkinder: Den Wert von Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von krankhaften Leiden oder angeborenen Störungen bei Kleinkindern für eine frühzeitige Behandlung hat die Bundesregierung unterstrichen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheits - Ministerium, Heinz Westphal, teilte im Bundestag mit, die Bundesregierung strebe gemeinsam mit den zuständigen Ländern in bestimmten Stadt- und Landkreisen die Erprobung wissenschaftlich entwickelter Modelle zur Voruntersuchung von Kleinkindern an. Der CDU-Abgeordnete Georg Gölter, der die Bundesregierung befragt hatte, wies vor allem auf die steigende Zahl von Haltungsschäden bei jungen Menschen hin.

Gastarbeiterkinder: Soll es in absehbarer Zeit für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer eigene Schulen innerhalb des Schulsystems der Bundesrepublik geben? Mit diesem Pro-

blem befaßt sich eine kleine parlamentarische Anfrage, die von den Koalitionsfraktionen der SPD und FDP im Bundestag eingebracht worden ist. Die Bundesregierung wird darin gebeten, die Zahl der Gastarbeiter-Kinder anzugeben, die in der Bundesrepublik Grundschulen und weiterführende Schulen besuchen. Außerdem wird sie gefragt, wie weit die Ausländer-Kinder an deutschen Schulen ihre eigenen kulturellen, geschichtlichen und sprachlichen Grundlagen weiterbilden können und ob vertraglich sichergestellt ist, daß bei der Rückkehr in das Heimatland der Anschluß an die dortigen Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden ist.

Sozialbutter: Die Abgabe von verbilligter Frischbutter an Sozialhilfeempfänger wird bis Ende 1970 verlängert. Nach Mitteilung des Bundesernährungsministeriums können wie bisher Personen, die Hilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz sowie dem Bundesversorgungsgesetz bekommen, gegen Abgabe von Gutscheinen monatlich ein Pfund verbilligte Butter erhalten. Auf Grund der durch die DM-Aufwertung gesunkenen deutschen Butterpreise ist der Wert des Gutscheins von 1,30 DM auf 1,20 DM je 1/2-Pfund-Packung herabgesetzt worden.

Sozialwohnungen: Etwa 14 Millionen Haushalte haben nach Angaben von Staatssekretär Dr. Louis Storck vom Bundesstädtebauministerium gemessen an ihrem Einkommen gegenwärtig Anspruch auf eine Sozialwohnung. In der Bundesrepublik gibt es zur Zeit

5,1 Millionen Sozialwohnungen, deren Miete mit Hilfe öffentlicher Mittel verbilligt ist. Die Bestimmungen für den Bezug von Sozialwohnungen sehen ein monatliches Maximaleinkommen des Haushaltsvorstandes von 750 Mark und 150 Mark für jedes im Haushalt lebende Familienmitglied vor.

Bioingenieure: Die staatlich anerkannte Ingenieurschule für Verfahrenstechnik in Hamburg-Bergedorf hat als erste Ingenieurschule der Bundesrepublik das Studium der Fachrichtung Bio-Ingenieurwesen eingeführt. 28 Studenten, darunter fünf Abiturientinnen, begannen eine sechssemestrig Ausbildung, die sie für Spezialtätigkeiten in der Industrie, der Forschung, im Klinikdienst oder als „Gesundheitsingenieure“ befähigen soll.

Titel: Im Barmenia-Versicherungskonzern sind bei der Anrede und im internen Briefverkehr Titel und Dienststrangbezeichnungen abgeschafft worden. Der Konzern erklärte dazu, die Unterschiede in der Aufgabe und Verantwortung rechtfertigten aufgrund der Demokratisierung und Versachlichung der Arbeit das ständige Herausstellen der Rangbezeichnungen nicht mehr. Die Leitung des Unternehmens verspreche sich davon eine „positive psychologische Wirkung auf alle Mitarbeiter“.

Sterbefälle: Erstmals nach dem 2. Weltkrieg wurden im Bundesgebiet in den Monaten Dezember 1969 und Januar 1970 mehr Sterbefälle als Geburten registriert. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtet, lag die Zahl der Verstorbenen im Januar mit etwa 86 600 zwar um etwa 1 000 unter der Sterbeziffer des Vormonats, war aber um fast 22 000 höher als im Januar 1968. Die Zahl der lebendgeborenen Kinder betrug im Januar etwa 68 400, im Dezember etwa 70 000. Während im letzten Monat des Jahres 1969 die süddeutschen Länder die relativ höchsten Sterbeziffern aufwiesen, waren im Januar die norddeutschen Länder stärker betroffen.

Lehrgänge: Gegenwärtig nehmen 2 500 Jugendliche an 60 Förderungslehrgängen teil, darunter 1 800 an 37 Internatslehrgängen. Die der Bundesanstalt für Arbeit dafür entstehenden Kosten belaufen sich bei Internatslehrgängen auf etwa 14 DM, bei offenen Lehrgängen auf etwa 4,60 DM je Tag und Teilnehmer.

Als Teilnehmer an Förderungslehrgängen kommen insbesondere solche schulentlassenen Jugendlichen in Betracht, die für eine Berufsausbildung körperlich oder geistig noch nicht reif sind, die Reife aber voraussichtlich durch den Besuch eines Förderungslehrgangs erreichen werden.

Vom 1. Oktober 1968 bis 30. September 1969 fanden 20 Lehrgänge mit 1 121 Teilnehmern mit dem Ziel statt, die fehlende Berufsreife zu vermitteln. Bei 68 v. H. der Teilnehmer wurde das Ziel erreicht, eine anschließende Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu ermöglichen. Die Förderungslehrgänge befähigten weitere 26,5 v. H. der Teilnehmer, eine Arbeitsstelle anzunehmen.

Außerdem wurden 1968/69 neun Lehrgänge mit 292 Teilnehmern durchgeführt für Jugendliche, die mit Sicherheit den Anforderungen einer Berufsausbildung nicht gewachsen und auch für den Übergang in das Arbeitsleben noch nicht reif waren, jedoch dazu befähigt werden konnten.

In der Regel kommt die Teilnahme an Förderungslehrgängen auf Initiative der Berufsberatung in den Arbeitsämtern zustande. Die Berater sind gehalten, die Bewerber sorgfältig auszuwählen, in Zweifelsfällen unter Mitwirkung des psychologischen und des ärztlichen Dienstes der Arbeitsämter. Träger von Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsreife oder der Vermittlungsmöglichkeiten können Kommunen, Zweckverbände und Organisationen der Wirtschaft, Jugendwerke, konfessionell ausgerichtete Zweckgemeinschaften oder sonstige Institutionen sein.

Seit zwanzig Jahren finden Frauen in den Heimen des Deutschen Mütter-Genesungswerkes die Möglichkeit zur Erholung und Selbstbesinnung. Seit der Nachkriegszeit sind ihre Nöte viel differenzierter geworden. Wir dürfen die Belastungen aber nicht als geringer ansehen, die in einer überzivilisierten Massen- und Industriegesellschaft ihre Wurzeln haben und sich in schweren physischen wie psychischen Störungen äußern. Deshalb sind auch die Aufgaben des Mütter-Genesungswerkes nicht einfacher geworden, und man ist dort mehr als je bemüht, den unterschiedlichen Problemen der Frauen gerecht zu werden.

Die Anfänge der Mütter-Genesungsarbeit fallen in die Jahre nach dem ersten Weltkrieg. Als kirchliche Frauenvereinigungen darangingen, von Hungersnot und Arbeitslosigkeit zermürbten Müttern einige Tage der Erholung in sogenannten „Mütterfreizeiten“ oder „Ausschlaftagen“ zu ermöglichen, hatten sie bereits die Grundkonzeption dessen gefunden, was heute auch noch gilt: Erholungsmöglichkeiten zu schaffen und anzubieten, die an den leiblichen und seelischen Bedürfnissen und „Nöten“ von Müttern orientiert sind, also deren besonderer Lebens- und Familiensituation gerecht werden sollen. Niemals aufgegeben, sondern auch in der Zeit des Dritten Reiches unter schwierigsten Bedingungen fortgeführt, hat sich aus den bescheidenen Anfängen jener Jahre inzwischen ein großes Werk entwickelt.

Der katastrophale Ausgang des zweiten Weltkrieges mit seinen erneuten und im Ausmaß noch nicht dagewesenen Massennotständen zwang zu neuem Überlegen. Es führte dazu, daß sich im Dezember 1949 die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Mütter-Genesung, die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Müttererholung, das Deutsche Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt

und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband als Trägerverbände zum Deutschen Mütter-Genesungswerk zusammenschlossen. Sie hatten eine Anregung aufgegriffen, die von der Frau des ersten deutschen Bundespräsidenten, Frau Elly Heuss-Knapp, ausgegangen war. Damit wurde eine Institution geschaffen, die, als Stiftung verfaßt und an gemeinsam erarbeitete Richtlinien gebunden, keineswegs Initiativen und Ideenreichtum ihrer Träger-Gruppen hemmt, sie aber koordinieren und auf breiter Basis fruchtbar machen kann. Deshalb steht den möglichen Kostenträgern, die sich an der Finanzierung von Mütterkuren beteiligen, jetzt nurmehr ein einziger rechtsfähiger Partner gegenüber, während die Mütter selbst – einem nicht aufgebaren Prinzip folgend – den Verband frei auswählen können, durch den sie verschickt werden möchten.

Zur Zeit gibt es 180 vom Deutschen Mütter-Genesungswerk anerkannte Heime in den verschiedenen Gegenden des Bundesgebietes; auch in Luftkurorten und Heilbädern. Das ausführliche Verzeichnis mit Angabe aller Indikationen, Gegenindikationen und Therapiemöglichkeiten kann jederzeit kostenlos bei der Geschäftsstelle in (8504) Stein über Nürnberg, Deutenbacher Straße 1, angefordert werden.

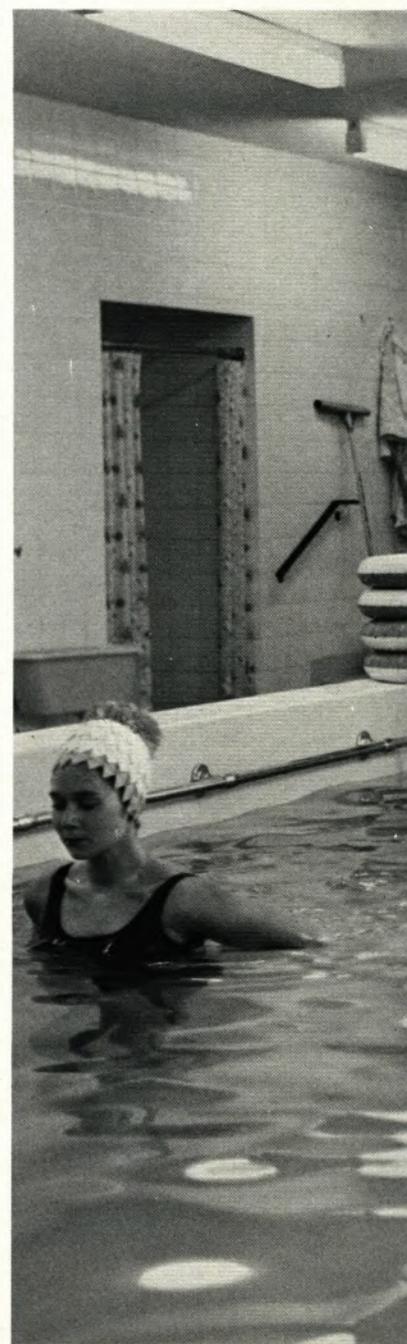
Heute, da wir längst in einer Wohlstandsgesellschaft leben, scheint die Frage erlaubt, ob das Angebot von Mütterkuren und -genesung noch als zeitgerecht gelten kann. Haftet ihm nicht sogar eine Art „Arme-Leute-Geruch“ an? – aus der Entstehungsgeschichte heraus wohl erklärlich, jetzt aber eher abzulehnen, weil auch die sozial Schwachen längst ein anderes Selbstgefühl entwickelt haben! In diesem Punkt bleibt auch dem Mütter-Genesungswerk der mühevollen Weg zu einem neuen „Image“ nicht erspart, der in fast allen Bereichen der Sozialarbeit be-

gangen werden muß: weg von „Fürsorge und Wohlfahrtspflege“, die ausschließlich für die Armen und sozial Unangepaßten gedacht waren – hin zur modernen „Sozialhilfe“, die in ihrer Konzeption Würde und Freiheit des Klienten nicht antastet und faktisch jedem Bürger in den Wechselfällen seines Lebens zustehen könnte. Es bleibt nur das Problem, ob er von diesem Sachverhalt auch weiß und wie weit es dann gelingt, im konkreten Fall herkömmliche psychologische Hemmungen abzubauen.

Dieses allgemeine Ziel läßt sich nur dann erreichen, wenn gründliche Information zusammen mit einem weit aufgefächerten Angebot von Beratungsdiensten so fest im Bewußtsein aller verankert werden, wie das heute schon für Kindergärten, Mütterberatungsstellen und Schulärzte zutrifft, um nur einige Beispiele herauszugreifen.

In seinem Forschungsbericht über „Die Lage der Mütter in der Bundesrepublik Deutschland“ kommt Reinhold Junker zu dem Ergebnis, daß die Mütter heute – schichtenunabhängig – an „Nöten“ leiden, die nur zum kleineren Teil im Materiellen liegen. Entscheidend für deutliche Überlastungserscheinungen, die schließlich zu manifesten Krankheitsbildern führen können, sind subjektive Gefühle von Überforderung, ein echtes „Zuviel“ an körperlicher Leistung, mangelhafte Vorbildung für die Rolle in Ehe, Familie und Beruf. Die Diskrepanz zwischen Leistenwollen und Erreichen (Hiatus) ist die häufigste Ursache nervöser Störungen, die in einen Teufelskreis von Entmutigung, fehlendem Aufschwung und Zurückbleiben hinter dem Gewollten führen. In den kritischen Jahren der Lebensmitte, etwa zwischen dem 30. und 45. Lebensjahr (also noch vor dem eigentlichen Klimakterium), werden die Symptome deutlicher. In dieser Zeit kommen Kinder in die „teuren Jahre“,

Das Deutsche Mütter-Genesungswerk besteht 20 Jahre



Mütter brauchen einmal Urlaub



bedingt durch Lehre, weiterführende Schule oder Studium.

Das Pro-Kopf-Einkommen reicht nicht mehr aus, den Pro-Kopf-Bedarf zu decken. Um das Familien-Budget aufzubessern, kehren die Mütter in die Erwerbstätigkeit zurück, sind aber dann zum großen Teil gezwungen, sich mangels qualifizierter Berufsausbildung in das Heer von Arbeitskräften aller Art einreihen zu lassen. (Zu diesen Berufen kann man heute auch schon fast die begehrten Büroberufe zählen: Stenotypistin, Phontypistin, Locherin.) Mütter dieser Altersgruppe werden nun in einer Lebensphase mit der Doppelrolle in Familie und Beruf belastet, in der sich das erste Nachlassen der Spannkraft und ein vermehrtes Ruhebedürfnis zeigen. Mit einem Anteil von 33 Prozent bilden sie die größte Gruppe unter den berufstätigen Müttern. Der Forschungsbericht nennt sie das „Kritische Drittel in der kritischen Phase“. Ihm sind etwa vier Millionen Mütter zuzuzählen, von denen eine halbe Million sich in physisch und psychisch ausgesprochen krankmachender Überlastungssituation befinden. Immer häufiger werden aber auch junge Mütter mit totalen Erschöpfungszuständen angetroffen, die kaum auf körperliche Überlastungen zurückzuführen sind, sondern auf fehlende oder kaum vorhandene Rollenvorbereitung mit dem „Hiatus“ als Folge.

Eine Repräsentativbefragung, 1967 im Rahmen der großen Forschungsarbeit in Heimen des Deutschen Mütter-Genesungswerkes durchgeführt, hat ergeben, daß es den Müttern deutlich an sozialer Bildung im modernen Sinne fehlt. Das bedeutet, daß sie so gut wie nicht von den doch bereits vorhandenen Institutionen erreicht werden, die Informations- und Beratungsangebote machen. Diesem Nachholbedarf gerecht zu werden und das Bedürfnis danach überhaupt zu wecken, sieht das Mütter-Genesungs-

Auch Mütter brauchen einmal Urlaub

werk heute – neben dem gezielten Erholungs- und Therapieangebot – als seine große Aufgabe an. Damit begegnet es wiederum den besonderen Nöten einer Zeit und leistet soziale Hilfe als echte „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Die Entwicklung wurde eingeleitet, und mit den seit einigen Jahren durchgeführten Sonderkuren für bestimmte Gruppen von Müttern ein entscheidender Schritt in die Zukunft getan. Auch die großen Mühen und Schwierigkeiten, die mit Vorbereitung und Durchführung gerade dieser Kuren verbunden sind, werden den Impuls und die vielen Überlegungen aus Erfahrung und Experiment nicht mehr aufhalten können.

Von den etwa achtzigtausend Müttern, die jährlich Gäste des Mütter-Genesungswerkes sind, gehören etwa zwei Drittel den mittleren, in abhängigem Arbeitsverhältnis stehenden Schichten an. Das entspricht der soziologischen Struktur der Gesamtbevölkerung, die sich auch in den jeweiligen Prozentanteilen anderer Gruppen, von der Sozialempfängerin bis zur freiberuflich tätigen Akademikerin, widerspiegelt.

Selbst im Zeitalter des 'Massentourismus' erfüllen die Müttergenesungsheime noch ihren Zweck, ja vielleicht sogar mehr als je zuvor, weil sie auch gezielt an die Leiden herangehen, was schon aus der geographischen Lage der Heime in verschiedenen Landschaften und Bädern zu ersehen ist. Wenn nach den ärztlichen Attesten 1968 48% der erholungsbedürftigen Mütter an Kreislauf- und Herzschäden litten, (dafür stehen über 70 Heime bereit) 48,5% an nervöser Erschöpfung und neurovegetativen Störungen, 17% an den Folgen überstandener Krankheiten, 21,1% an Gallenblasen, Leber-, Nieren- und Magenerkrankungen, 27,3% an Rheuma, um nur einiges zu nennen, dann bedeutet das:





Hier kann wirklich oft nur ein ganz spezieller Badeort helfen.

Anträge auf Verschickung können formlos, besser aber schon unter Vorlage eines ärztlichen Attestes, bei den örtlichen oder für die Belegung der Häuser zuständigen Entsendestellen, (siehe Heimverzeichnis), aber auch bei den Pfarrämtern oder der Geschäftsstelle in Stein eingereicht werden.

Mütter-Genesungskuren sind versicherungsrechtlich anerkannt. An der Finanzierung beteiligen sich – je nach individueller Situation – folgende Kostenträger:

1. Alle gesetzlichen Krankenkassen leisten auf Grund der §§ 182, 205 RVO (Heilbehandlung), § 187 Abs. 2 RVO (Fürsorge für Genesende) und § 187 Abs. 4 RVO (Krankheitsvorsorge) Zuschüsse. Die Höhe ist unterschiedlich; manche Krankenkassen übernehmen noch Kostenanteile für Kurmittel.
2. Privatkrankenkassen schließen – mit einer Ausnahme – Zuschüsse aus, was sich für Beamtenfrauen als großer Nachteil erweist.
3. Die Rentenversicherungsträger gewähren seit 1955 jährlich einen Pauschalzuschuß von etwa 180 000 DM. Daneben gibt es besonders gute Zusammenarbeit mit einzelnen Landesversicherungsanstalten, insbesondere bei der Genesungsfürsorge für krebserkrankte und in den Frühheilverfahren und Heilverfahren für erwerbstätige Mütter. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger hat 1960 seinen Mitgliedern die Zusammenarbeit mit dem Mütter-Genesungswerk bei der Durchführung von Frühheilverfahren empfohlen. (Versicherungsrechtliche Voraussetzungen §§ 1236, 1237 RVO – § 13 AVG – § 35 KnG).

4. Die Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen und dem Deutschen Mütter-Genesungswerk von 1966 sieht vor, daß diese nach den §§ 6 bis 8 des Gesetzes über Altershilfe für Landwirte (Fassung 13. 9. 65) Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit gewähren können. Absatz III/3 besagt, daß Ehefrauen Beitragspflichtiger, Witwen und hauptberuflich mitarbeitende Familienangehörige die bestehenden Einrichtungen des Mütter-Genesungswerkes dazu in Anspruch nehmen können. Das gilt auch für Maßnahmen zur erstmaligen Erlangung der Erwerbsfähigkeit und Frühheilbehandlung (ergänzende Heilmaßnahmen). Die Übernahme der Kosten für die Vertretung der Bäuerin durch Dorfhelferin, Betriebsshelfer oder eigens herbeigeholte Familienangehörige durch die landwirtschaftliche Alterskasse ist eine wesentliche Hilfe.

5. Die Träger der Sozialhilfe leisten Zuschüsse oder übernehmen die vollen Kosten auf Grund der §§ 36 und 37 BSHG.

Weiterführung des Haushaltes und Versorgung der Kinder: Hier liegen die größten Schwierigkeiten für die Kostendeckung vor. Zuschüsse der Krankenkassen kommen beim Einsatz einer Hauspflegerin oder einer anderen Hilfe zur Vertretung der Mutter nicht in Betracht. Einzelne Landesversicherungsanstalten geben Pauschalzuschüsse. Die Träger der Sozialhilfe gehen immer mehr dazu über, sich entweder nur zur Übernahme der Kosten für die Müttererholung oder für die der Hauspflegerin zu entscheiden.

Die Unterbringung der über dreijährigen Kinder in Heimen

ist nicht mehr sehr schwierig. Aber die Heimkosten für mehrere Kinder aus einer Familie aufzubringen, stellt die Träger der Müttererholung oft vor schier unlösbare Probleme, zumal § 71 BSHG nur eine Kannvorschrift ist. Das Land Bayern hat dem Mütter-Genesungswerk Sondermittel für kinderreiche Mütter zur Verfügung gestellt, die die Lösung des Problems wesentlich erleichtern.

Die Aufwendungen des Mütter-Genesungswerkes aus Sammlungsmitteln für Hauspflege und Kinderunterbringung haben pro Jahr die 100 000 DM-Grenze weit überschritten. An dieser Stelle sei vermerkt, daß das Sammlungsaufkommen von etwa acht Millionen DM durch Mitfinanzierung in den verschiedensten Fällen völlig aufgeht. Prinzip ist, daß keine Mutterkur an der Finanzierung scheitern soll!

Noch einige kurze Hinweise: In den Landeshaushalten der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Rheinland-Pfalz hat das Mütter-Genesungswerk einen eigenen Titel. Im übrigen Bundesgebiet sind die Zuwendungen der Länder für die Mütter-Genesung Bestandteil der Pauschalzuschüsse für Erholungsmaßnahmen oder Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege.

Aus den wenigen Angaben zur Kostendeckung mag schon hervorgehen, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, Mütterkuren zu finanzieren, (deren Tagessätze sich augenblicklich zwischen 12,50 DM und 19 DM bewegen, zuzüglich Sonderkosten, Diätzuschlag und Arzt-pauschale), jeweils von Fall zu Fall. Noch mehr ins einzelne gehende Angaben können bei den zuständigen Stellen erfragt werden; das betrifft vor allem weitere Finanzierungshilfen, die in einzelnen Bundesländern vorgesehen sind.



In den vergangenen 70 Jahren ist die Lebenserwartung der Menschen durchschnittlich um 30 Jahre gestiegen; nahezu 15 Prozent aller Bürger werden in absehbarer Zeit über 65 Jahre alt und nur 12 bis 13 Prozent der Bevölkerung Kinder sein. In etwa fünf Jahren wird damit gerechnet, daß zwei Arbeitnehmer für den Lebensunterhalt eines Rentners tätig sind. Diese von Statistikern vorausempfundenen Zahlen bildeten Hintergrund und Idee für den aus Leipzig stammenden Internisten Prof. Dr. Volkmars Boehlau, das erste deutsche Institut für Alternsmedizin zu gründen, das seit etwa einem Jahr in Bad Soden am Taunus unter seiner Leitung medizinische Alternsforschung betreibt. Boehlau, Schüler des bekannten Alternsforschers Prof. Dr. Max Bürger (Leipzig), gab dem Institut den Namen seines verstorbenen Lehrers und bemüht sich seit zehn Jahren als Chefarzt eines Spezial-Sanatoriums für Asthma, Bronchitis und Allergie in Bad Soden um die Therapie älterer und alternder Patienten.

Das Institut für Alternsmedizin, das der Frankfurter Johann Wolfgang-Goethe-Universität lose angegliedert ist, will die vielschichtigen Probleme des Alterns auf rein medizinischer Grundlage erforschen, darstellen und zu lösen versuchen. „Mit den Alten wird viel Unfug getrieben“, meinte der Alternsforscher. Die neuzeitliche Wissenschaft wende sich gegen oft gepriesene Wundermittel gegen den natürlichen Prozeß des Alterns und zur angeblichen Verjüngung. Eine echte Verjüngung, so Boehlau, gibt es jedoch nicht, dafür aber die Möglichkeit, viele Beschwerden des Alterns mit wissenschaftlich fundierter Therapie zu behandeln. Darüber hinaus sollten ältere Menschen nicht zu sehr kaserniert und von den „Jungen“ isoliert werden, erläuterte Boehlau, der als ein-



Den Jahren

Leben anfügen

Alternsforschung
im Taunus

EUROPA FEIERT — WIE DIE FESTE FALLEN

In den sechs Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft gibt es in diesem Jahr 34 Feiertage. Obwohl in den Europäischen Verträgen von Angleichung und Harmonisierung in jedem Paragraphen die Rede ist, fehlt jedoch leider eine gemeinsame Feiertagsgestaltung. So werden die Niederländer den Geburtstag ihrer Königin am 30 April ohne gebührende Mitfreude der Bürger aus den übrigen fünf Staaten feiern müssen.

Feiertage bedeuten dem Sinne nach, daß man nicht arbeiten muß und trotzdem bezahlt wird. Demnach sind die Niederländer entweder sehr arbeitsam oder knauserig. Mit nur neun Feiertagen während des ganzen Jahres liegen sie hinter allen anderen europäischen Staaten. Nach wie vor ist der 1. Mai dort kein Feiertag. Im benachbarten Belgien dagegen gibt es in diesem Jahr 13 1/2 Feiertage. Die meiste bezahlte Freizeit kann Italien aufweisen. 16 Feiertage werden dort verzeichnet. Hauptsächlich sind es kirchliche Feste, die in den anderen Staaten zwar auch bekannt sind, aber als Arbeitstag gelten.

Luxemburg hat 13 Feiertage, Frankreich dagegen nur 10. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es in diesem Kalenderjahr 11 feierliche Anlässe, zu denen nicht gearbeitet wer-

den muß. Im „karnevalistischen“ Rheinland wird natürlich auch der Rosenmontag gefeiert, während er von Amts wegen nicht anerkannt ist. Luxemburg dagegen leistet sich als einziger Mitgliedsstaat das Vergnügen, am Rosenmontag auch offiziell nicht zu arbeiten.

Neben den Kirchenfesten kennt jedes Land seine nationalen Gedenktage. Der Jahresrhythmus beginnt am 25. April mit dem Tag der Befreiung in Italien. Nach dem Geburtstag der holländischen Königin folgt am 5. Mai der niederländische Nationalfeiertag. Für Italien liegt das Datum am 2. Juni. Der Tag der deutschen Einheit wird am 17. Juni gefeiert. Dann folgt am 23. Juni der Nationalfeiertag von Luxemburg. Zur Erinnerung an den Beginn der französischen Revolution ist der 14. Juli Nationalfeiertag in Frankreich. In Belgien findet der Nationalfeiertag am 21. Juni statt. Am 4. November begehrt Italien den Tag der nationalen Einheit und am 15. November wird das Fest des belgischen Königshauses gefeiert. Rudimente europäischer Zwietracht werden in Gestalt des „Waffenstillstandstags 1914-1918“ noch mitgeschleppt, der am 11. November in Belgien und Frankreich gefeiert wird, obwohl die Geschichte bereits die Nummer zwei kennt.

Die Vereinigung Europas kann nur durch Kompromisse erreicht werden. So dachten auch die aus den sechs Partnerstaaten nach Brüssel entsandten Beamten. Für die Kommission der Gemeinschaft gibt es 14 1/2 Feiertage. Das ist der goldene Mittelweg. Einer davon, nämlich der 9. Mai, könnte einmal für alle Staaten zum europäischen Feiertag werden. 1950 verkündete der damalige französische Außenminister Robert Schumann an diesem Tage das Programm für die Vereinigten Staaten von Europa, der sich jetzt zum zwanzigsten Male jährt.

ziger Professor einer deutschen Universität an der Frankfurter Hochschule Gerontologie (Alternforschung) und Geriatrie (Altersheilkunde) liest.

Die Devise des Mediziners, „dem Leben nicht nur Jahre Jahre anfügen, sondern den Jahren Leben anfügen“, kennzeichnet die Therapie, mit der die moderne Medizin das Altern erträglich machen will. Mit der medikamentösen Behandlung gegen Alterserscheinungen sollte bereits mit 50 Jahren begonnen werden, um den oft tragischen physischen und psychischen Lebensumständen greiser Menschen vorbeugend entgegenzusteuern. Trotz der erheblich höheren Lebenserwartung und der Chance für jeden, jenseits der 60 oder 70 noch „fit“ zu sein, wird es auch in Zukunft nicht mehr 90jährige geben als bisher. Viel mehr Menschen jedoch als früher werden die mittlere Grenze hohen Lebensalters zwischen 65 und 75 erreichen, betonte Boehlau.

Neben der rein wissenschaftlichen Forschung und Lehre über Altersheilkunde wird im Bad Sodener Institut Publizität groß geschrieben. Ärztliche Fortbildungskurse und Diskussionsveranstaltungen für Chefarzte von Alten-Heimen sowie die „Bad Sodener geriatrischen Gespräche“ beweisen das. Der erste Kongreß dieser Art im Mai 1969 war dem Thema „Spezielle Probleme der Therapie im Alter“ gewidmet. Auf der 2. Tagung wurde unter der Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsministerin Käthe Strobel vor Ärzten, Psychologen, Soziologen und Politikern über die moderne Behandlung im Alter gesprochen. Die hessische Landesregierung, die Landesärztekammer Hessen, die Landesversicherungsanstalt von Baden-Württemberg und die Pharmazeutische Industrie, die das Institut im Taunus subventionieren, haben neben namhaften Medizinern ihre Vertreter zu diesem Kongreß entsandt.

Der blaue

Blau und sprichwörtlich ist der Montag seit hundert oder zweihundert Jahren geworden – und was man auch dem Handwerk an Gutem ge-rechterweise zubilligen muß: Der blaue Montag ist bei aller ehrsamem und biederen Entwicklung als eine Art Abfallprodukt dabei entstanden und hat sich in unser industrielles Zeitalter mit herübergerettet

Nun wollen wir aber eines bedenken: Die Arbeitszeiten waren früher länger, am Sonnabend wurde wie an jedem Wochentag gearbeitet, und wenn so ein braver Zimmermann oder Maurer Erholung suchte, dann ging das eben nur am Sonntag. Verständlich, daß er dann am Montagmorgen seinen Rausch ausschlafen und die Beulen von der Rauferei auf dem Tanzboden kühlen wollte ...

Inzwischen hat sich das alles grundlegend geändert. Von sieben Tagen in der Woche arbeiten wir nur noch fünf, und an denen zumeist lediglich acht Stunden. Nehmen wir eine vernünftige Dreiteilung unseres Lebens in Arbeit, Schlaf und Freizeit zu unserem Maßstab, so zeigt die freie Zeit eine ständig wachsende Tendenz. Der „blaue Montag“ sollte eigentlich gar nicht mehr nötig sein. Scheinbar ist er es aber noch immer – fällt beispielsweise bei einem Warentest ein Gerät ungünstig auf, wird es von der Firma (wie sich gezeigt hat) mit Erfolg als „Ausrutscher aus der Montagproduktion“ bezeichnet – und in vielen Fällen hat die Firma sogar recht. Bringen die Unfallzahlen eines Betriebs die Chefs zum Stirnrunzeln, wird oftmals der Montag ausgeklammert – und schon stimmt der Durchschnitt wieder.

Bis auf eine Ausnahme: Man muß auch den Freitag geson-



dert betrachten. An Freitagen, und gerade an ihren Nachmittagen, häufen sich die Unfälle ähnlich wie am Montag, wie viele Statistiken besagen.

Was ist der Grund für so viele blaue Montage und schwarze Freitage? Auf das normale Arbeitsgeschehen lassen sich diese Fragen gewiß nicht zurückführen. Es kann auch nicht die mangelnde Arbeitskraft sein, die dafür verantwortlich ist ... denn die wäre ja in der Woche auch gegeben. Im Gegenteil, am Montag müßte sie eigentlich noch mehr Konzentration bringen – aber sie tut es nicht.

Die Praxis ist allen bekannt: das lange Wochenende verführt zu vermehrten Bemühungen um den Ausgleich, die sogenannte Entspannung, Hobbies und dergleichen. Schon wenn die Woche ausklingt – freitags ab Mittag – werden doch die Pläne geschmiedet. Die Aufmerksamkeit, die man jeder beruflichen Tätigkeit schenken muß, läßt meistens nach. Die Leistungskurve jedes Einzelnen läßt nach – übrigens nicht nur in diesem sondern auch im umgekehrten Fall, wenn man seine Arbeit noch schnell zu Ende bringen möchte, um befriedigt heimgehen zu können. Auch die gewohnte Vorsicht bleibt aus, und so schleichen sich Fehler ein, die in bestimmten Situationen zu Unfällen führen können.

Am Montag geht es anders herum: man ist noch erfüllt von den Erlebnissen des Wochenendes und hat den verständlichen Wunsch, sich den Kolleginnen und Kollegen mitzuteilen. Kommt dazu noch so ein kleiner „blauer“ Nachschein am Horizont des eigenen Bewußtseins, ist die Grundlage für Unaufmerksamkeit und in vielen Fällen für einen Unfall gegeben.

Das alles ist längst von Fachleuten erkannt und untersucht worden. Uns geht es hier jedoch nicht um die graue Theorie, sondern um jedes einzelne Wochenende, das wir in dieser oder ähnlicher Weise erleben. In seinen unerfreulichen Auswirkungen ist es weder schön für den Beruf noch privat besonders angenehm. Wie dem abzuhelpen ist, bleibt eine andere Frage.

Anscheinend ist es nur in Ausnahmefällen möglich, im menschlichen Zusammenleben Vernunft walten zu lassen, damit es jedem Einzelnen besser geht. Ansätze dazu gibt es: ein gestaffelter Arbeitszeitbeginn, um die Zusammenballungen im Bus- und Bahnverkehr sowie auf den Straßen zu vermeiden.

Hinzu kommen der Schichtbetrieb beim mittäglichen Kantinebesuch und ausgeglichene Urlaubsregelungen (obwohl auch hier unsere Kultusminister erst Stückwerk leisten, indem sie die Schulen der Bundesländer zu bestimmten Zeiten schließen).

Was aber wäre, wenn hier der Einzelne die Initiative ergriffe und sie auf persönliches Wochenende anzuwenden? Wenn er sich einmal (oder öfter) nicht dem allgemeinen „Rummel“ anschließen würde?

Wir müssen uns dabei vor Augen halten, daß sich die heutigen Verhältnisse in den nächsten Jahren nur noch verschlimmern können. Wir werden an jedem Sonntagnachmittag noch längere Autoschlängen auf unsere städtischen Ausfallstraßen haben. Wir werden in den Ausflugslokalen immer länger auf den Kaffee warten müssen.

Es ist trotz allem nicht schwer, überkommene Gewohnheiten zu ändern. Das Andere, das

Montag muß nicht sein



Ungewohnte macht im Grunde viel mehr Spaß und hilft, aus der gegenwärtigen Wochenendmisere herauszugelangen. Wenn alle am Samstagabend auswärts feiern, könnte man vielleicht einen Abend in der Familie arrangieren, der nicht zu lange dauert. Wenn alle anderen am Sonntagmorgen lange schlafen, könnte man ziemlich ungestört im nahe gelegenen Wald spazierengehen – und früh genug zurücksein, um eventuell eine kombinierte Frühstücks-Mittagsmahlzeit einzunehmen. Und wenn alle am Sonntagmittag irgendwohin fahren, könnte man den Wagen zu Hause lassen und stattdessen in dem kleinen Café um die Ecke einen ungestörten, ruhigen Ausklang des Wochenendes erleben.

Wir alle hängen noch zu oft an überkommenen Gewohnheiten. Unser Lebensstil hat sich längst gewandelt, nur haben wir die neuen Möglichkeiten noch nicht immer erkannt. Der schwarze Freitag und der blaue Montag sind – nach den erwähnten Statistiken – noch immer die Regel, so lange wir uns nicht freimachen von der herkömmlichen Gestaltung unserer Freizeit. Sie ist ganz gewiß nicht allein dazu da, uns für den Arbeitsprozeß in der folgenden Woche wieder fit zu machen – denn Arbeit ist nicht des Menschen ganzes Leben. Aber eine sinnvoll genutzte Freizeit kann das Leben wunderbar verschönern – und dabei müssen wir zugeben, daß wir unsere berufliche Leistung gerechterweise nur so verkaufen können, wie sie in vollem – und vereinbartem Maße – vorhanden ist. Und dazu gehört auch die sinnvoll genutzte Erholung. Andernfalls steht auf dem Krankenblatt unseres möglichen Versagens ein Datum mit dem Zusatz „schwarzer Freitag“ oder „Ausfall am Montag“.

arbeit und rechtsprechung

Urlaubsanspruch auch bei Kündigung

Ist einem Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis fristlos oder fristgerecht gekündigt worden, so daß ein Urlaubsanspruch durch Freizeitgewährung nicht mehr erfüllt werden kann, ist der Urlaub außer im Falle grober Treupflichtverletzung abzugelten. Das entschied der 5. Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel. Er wies die Revision eines Gaststättenbesitzers aus Bramsche (Holstein) gegen ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein vom 10. September vorigen Jahres als unbegründet zurück.

Damit gewann ein Kellner in allen drei Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit einen Prozeß, in dem er Abgeltung für nicht erhaltenen Urlaub von seinem früheren Arbeitgeber in Höhe von 843 DM gefordert hatte. Er war fristlos gekündigt worden, weil er sich Anfang 1968 entgegen dem Willen seines Arbeitgebers mit seiner Familie auf eine Urlaubsreise nach Ungarn begeben hatte, um dort seine kranke Mutter zu besuchen. Alle drei Instanzen verneinten eine Treupflichtverletzung, weil der Kläger dem Arbeitgeber zwei bis drei Tage vor seiner Abreise Mitteilung von seinem Vorhaben gemacht habe, nachdem ihm ein Visum zur Einreise nach Ungarn erteilt worden war. (Aktz: 5 AZR 470/69)



Wehrdienst und Betriebszugehörigkeit

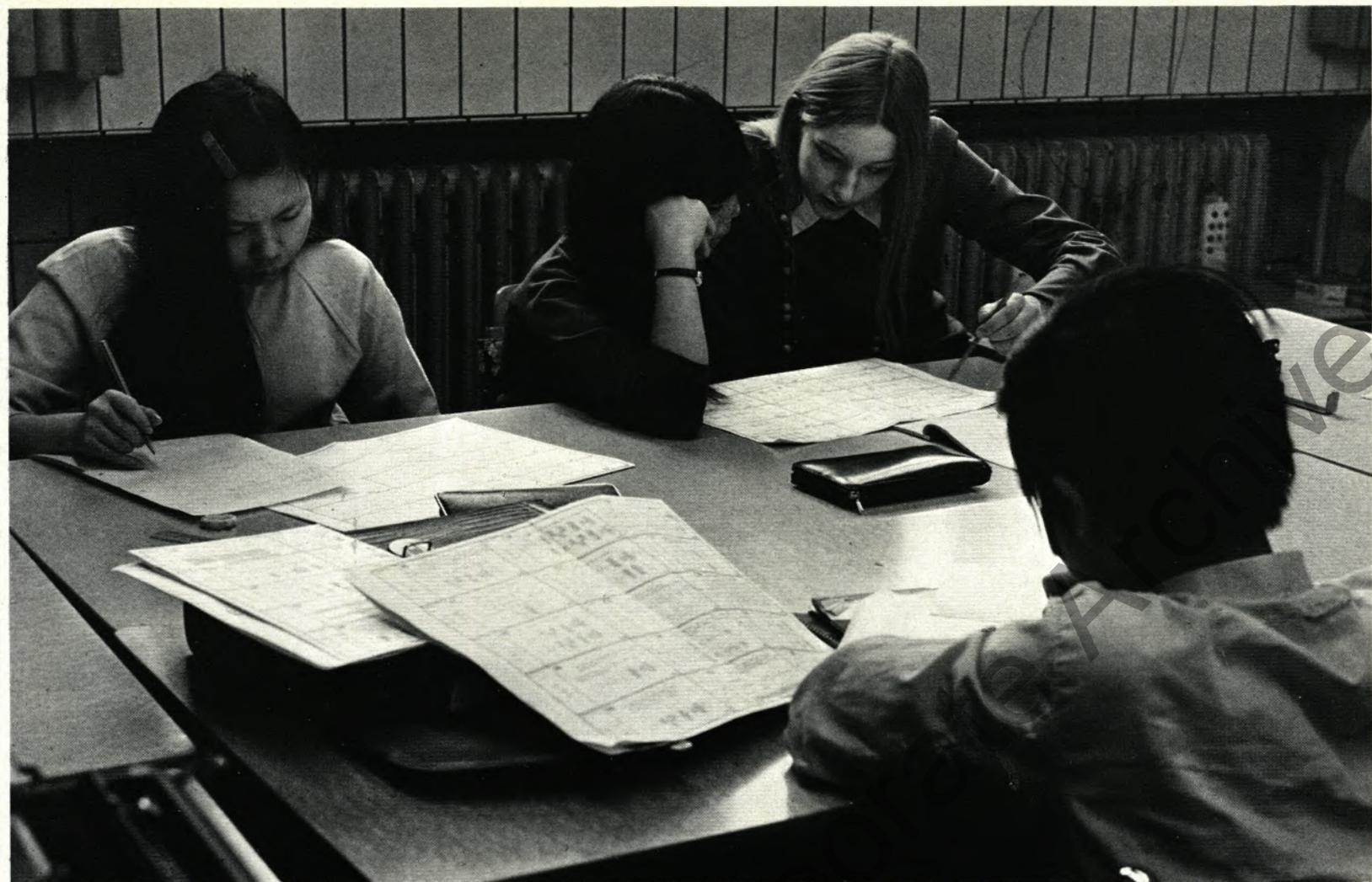
Die Wehrdienstzeit bei der ehemaligen deutschen Wehrmacht ist nach Ansicht des 5. Senats des Bundesarbeitsgerichts in Kassel nach den Vorschriften der Verordnung über Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner vom 29. Dezember 1937 auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit anzurechnen, wenn der heimgekehrte Soldat im Anschluß an den Wehrdienst in seinen früheren oder einen anderen Betrieb eintritt. Nach dem Urteil des Senats steht zwischen Heimkehr aus dem Wehrdienst und dem Eintritt in einen Betrieb ein Zeitraum von neun Monaten der Annahme einer „anschließenden“ Arbeitsaufnahme nicht in jedem Falle entgegen. Mit dieser Entscheidung hob das Gericht ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz vom März vorigen Jahres auf. Der Arbeitgeber eines Hilfsschlossers wurde durch Urteil verpflichtet, dem Arbeitnehmer die Arbeitsdienst- und Wehrdienstzeit vom 10. April 1938 bis zum 25. Mai 1945 auf die Dauer seiner Betriebszugehörigkeit anzurechnen. (Aktz: 5 AZR 231/69)

rigkeit anzurechnen. (Aktz: 5 AZR 231/69)

Nach einer anderen Entscheidung desselben Senats des Bundesarbeitsgerichts hat ein Gastarbeiter, der Staatsangehöriger eines EWG-Mitgliedsstaates ist und seine Tätigkeit im Bundesgebiet zur Erfüllung der Wehrpflicht in seinem Heimatland unterbrechen mußte, gegen den Arbeitgeber Anspruch auf Anrechnung der Wehrdienstzeit auf die Betriebszugehörigkeit. Dieses Urteil stützte der Senat auf eine Vorabentscheidung des Gerichtshofes der „Europäischen Gemeinschaften“, nach der in einem solchen Falle der Gastarbeiter, wenn er aus dem EWG-Raum stammt, Anspruch auf Anrechnung der Wehrdienstzeit auf die Betriebszugehörigkeit hat, soweit im Beschäftigungsland zurückgelegte Wehrdienstzeiten den einheimischen Arbeitnehmern gleichfalls angerechnet werden. Diese Rechtsauffassung entspringt dem Gleichbehandlungsgrundsatz, der in Artikel 48 des EWG-Vertrages verankert ist. (Aktz: 5 AZR 215/68)

Sozialgerichte nicht zuständig

Für Streitigkeiten aus dem Lastenausgleichsrecht sind nicht die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit, sondern die allgemeinen Verwaltungsgerichte zuständig. Das hat der 10. Senat des Bundessozialgerichts in Kassel entschieden. Deshalb wurde unter Aufhebung vorinstanzlicher Urteile ein zwischen der Landesversorgungsverwaltung Nordrhein-Westfalen und der Stadt Gelsenkirchen schwebender Rechtsstreit an das Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen verwiesen. In diesem Verfahren forderte die Versorgungsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen vom Ausgleichsamt der Stadt Gelsenkirchen die Erstattung von 2 752 Mark zuviel gezahlter Elternrente nach dem Bundesversorgungsgesetz. Sie waren an eine Frau gezahlt worden, der vom Ausgleichsamt eine Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz gewährt wird. Das Sozialgericht Münster und das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hatten die Klage der Versorgungsbehörde gegen das Ausgleichsamt der Stadt Gelsenkirchen abgewiesen, weil beide Instanzen den Erstattungsanspruch der Versorgungsbehörde gegen das Ausgleichsamt verneinten. (Aktz: 10 RV 135/68)



Vietnam, dieses kleine Land in Ostasien, ist in unserem Sprachgebrauch bereits zu einem Synonym für Vernichtung, Blut und Tränen geworden. Denn in Vietnam herrscht Krieg. Seit über 20 Jahren. Und niemand in diesem Land bleibt davon verschont. Für die Kinder ist das Gesicht des Krieges das Gesicht des Alltags, mit dem sie leben müssen.

Doch das Inferno in Vietnam rief eine Welle der Hilfsbereitschaft für die notleidende Bevölkerung hervor. In Oberhausen entstand das Friedensdorf, in dem verletzte vietnamesische Kinder betreut werden.

Das Hüttenwerk Oberhausen, das auch das Friedensdorf mit Spenden unterstützt, hat sich nun entschlossen, drei Vietnamesen auf den künftigen Berufsweg vorzubereiten. Dieser Entschluß ist ein Versuch, den

Jugendlichen den Weg in das Berufsleben so gut wie möglich zu ebnet. Die Ausbildung, die zunächst für ein Jahr geplant ist, wird von der 19jährigen Roswitha Fradl aus Oberhausen übernommen.

Doch wie sieht so ein Unterricht aus, der sich gewiß nicht nach der herkömmlichen Methodik in einer deutschen Schulklasse gestalten lassen kann?

Roswitha Fradl, die ihre Aufgabe sehr ernst nimmt, hat sich das Ziel gesetzt, den Kindern ein möglichst breites Wissen zu vermitteln, um die Allgemeinbildung zu vertiefen. Dadurch erst können die Voraussetzungen für einen späteren Berufsstart verbessert werden. Überhaupt gehen die Wünsche nach dem künftigen Beruf weit auseinander:

Da ist einmal die 15jährige Kieu, die später Sekretärin

werden möchte, um so die deutschen Sprachkenntnisse anzubringen. Das Mädchen Lê (15) möchte Fotolaborantin werden, aber sie hat sich noch nicht entschieden. Vielleicht bieten sich ihr auch Chancen in einem graphischen Beruf, denn sie zeichnet sehr gern. Thu (18) weiß auch noch nicht genau, was er später einmal werden möchte. Vielleicht läßt er sich zum orthopädischen Mechaniker ausbilden, da es für diesen Beruf viele Möglichkeiten gibt. Doch noch ist der zu erlernende Beruf ein fernes Ziel, das erst mit viel Fleiß der Schüler und sehr viel Geduld von Roswitha Fradl erreicht werden kann.

Das Unterrichtsprogramm besteht aus Leseübungen, für die einige deutsche Jugendromane zur Verfügung stehen sowie Diktate schreiben und rechnen. Das Rechnen wird den Kindern mit Hilfe der Rechenprogramme aus dem BBZ beigebracht.

Diese Rechenprogramme sind so ausgelegt, daß jeder Schüler sein Tempo selbst bestimmen kann. Um einen besseren Überblick über die Leistungen der Schüler zu bekommen, werden jeden Monat Arbeiten in den entsprechenden Fächern geschrieben. Nachmittags werden Briefe an die deutschen Brieffreunde beantwortet. Das ist neben dem menschlichen Kontakt gleichzeitig eine gute Schulung der deutschen Sprache.

Die Ausbildung bei der HOAG kann nur als Versuch verstanden werden, dessen Früchte sich vielleicht erst in fünf oder zehn Jahren zeigen. Dabei muß uns der Lernwille und der Mut dieser Kinder überzeugen, die nur den einen Wunsch haben, in ihrem Land nach den Jahren des Krieges einen hoffnungsvollen Neubeginn zu setzen.

Berufliche Zukunft vorbereiten

Rehabilitationsberufliche erarbeiten sich neue Berufsc

**Berufsförderungswerk Berlin
wurde
eingeweiht**

Das Berufsförderungswerk Berlin, das von vier Landesversicherungsanstalten, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) und von elf Berufsgenossenschaften gegründet wurde, hat im Februar seine Tätigkeit aufgenommen.

In diesem Zentrum führen die Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften für ihre Versicherten alle Maßnahmen der Rehabilitation durch. Dazu gehört auch die berufliche Umschulung von Behinderten. In dem Berliner Ausbildungszentrum mit 374 Plätzen werden Arbeitnehmer, die infolge von Krankheit, Berufsunfall oder Kriegsfolgen nicht mehr ihren alten Beruf ausüben können, in durchschnittlich 16 Monate dauernden Kursen in einen neuen Beruf umgeschult.

Die in den letzten Jahren gewonnenen Erkenntnisse für eine moderne, umfassende, betriebsnahe, berufliche Erwachsenenbildung sollen hier zeit- und wirklichkeitsnah angewendet werden. Die hierzu erforderlichen Einrichtungen wie Werkhallen, Werkstätten, Laboratorien sowie Lehr- und Hörsäle, Anlagen und Einrichtungen für eine ausbildungsbegleitende Heilbehandlung durch Ärzte und medizinisches Fachpersonal und für unterstützende sporttherapeutische Übungen mit den entsprechenden Fachkräften sind vorhanden.

Psychologen und Reha-bilitationshelfer, Berufsberater und Fürsorger werden Pädagogen und ärztliches Personal unterstützen, um den Behinderten die Möglichkeit zu einer vollwertigen, abgeschlossenen Berufsausbildung zu bieten und die erforderlichen Facharbeiter- oder Gehilfenprüfungen vor den nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen abzulegen.

Aufgenommen werden Männer und Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin und dem deutschsprachigen Ausland. Voraussetzung für die Aufnahme ist die Vollendung des 20. Lebensjahres. Für die Unterbringung der Auszubildenden stehen Ein- und Zwei-Bett-Zimmer zur Verfügung. Für Querschnittsgelähmte und andere Rollstuhlfahrer sind zehn Internatsplätze mit allen notwendigen Sondereinrichtungen vorhanden. Das Programm für die berufliche Wiedereingliederung Behinderter sieht die Ausbildung zu folgenden Berufen vor: Zahntechniker, Industriekaufmann, Technischer Zeichner, Elektroniker, Rundfunk- und Fernsehmechaniker, Feinmechaniker, Elektromechaniker, Metallarbeiter, (Automateneinrichter, Dreher, Formenbauer, Maschinenschlosser, Mechaniker, Werkzeugmacher). Diese Berufe können mit der erforderlichen Facharbeiter- oder Gehilfenprüfung vor den nach dem

standen

nancen



Berufsbildungsgesetz, zuständigen Stellen abschließen. Die Unterstützung durch Abendseminare auf freiwilliger Basis und auch die Unterweisung durch Abenddozenten sind mit Gewähr für die Erzielung des Ausbildungserfolges.

Um eine ausreichende, zweckmäßige, wirtschaftliche und möglichst gleichmäßige Heilbehandlung aller Betreuten durch die Rentenversicherung zu gewährleisten, arbeiten die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung bei der Errichtung oder Erweiterung von Gebäuden und Einrichtungen, die der medizinischen und beruflichen Rehabilitation dienen, zusammen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Errichtung und Erweiterung, sondern auch um die Umwandlung derartiger Gebäude und Einrichtungen.

Die Zusammenarbeit der Rentenversicherungsträger findet im Rahmen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) statt, der alle Unterlagen laufend bezieht, die für die Beurteilung dieser Fragen notwendig sind. Er stellt fest, welcher Bedarf an Sanatorien besteht und inwieweit dieser Bedarf genügend oder teilweise gedeckt werden kann. Die Umfrage nach dem Bettenbedarf wird in regelmäßigen Zeitabständen wiederholt und ergänzt.

Erwerbstätige: Innerhalb eines Jahres hat sich die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik um 286 000 oder 1,1 v. H. erhöht, wie vom Statistischen Bundesamt aufgrund des Mikrozensus, einer laufenden Repräsentativbefragung der Bevölkerung und des Erwerbslebens, festgestellt wurde. Die Zunahme bezieht sich auf den Zeitraum von April 1968 bis April 1969. Allein im verarbeitenden Gewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 341 000 oder 3,5 v. H., in den Wirtschaftsabteilungen „Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“ um 2,6 v. H. und „Dienstleistungen“ um 1,4 v. H. In der Land- und Forstwirtschaft nahm die Zahl der Erwerbstätigen weiterhin beträchtlich ab, in dem Berichtszeitraum allein um 2,9 v. H.

Erstmals seit 1965 stieg wieder die Zahl der Arbeiter, und zwar von April 1968 bis April 1969 um 159 000 oder 1,3 v. H.; der seit Jahren anhaltende Umstrukturierungsprozeß von Arbeitern zu Angestellten wurde durch die stark konjunkturabhängige Nachfrage nach Arbeitern deutlich überlagert. Ausschlaggebend ist vor allem der starke Zustrom von Gastarbeitern.

In der Berichtswoche vom 20. bis 26. April 1969 wurden von den 26,17 Mill. Erwerbstätigen (ohne Soldaten) im Bundesgebiet 1 144,2 Mill. Arbeitsstunden geleistet. Gegenüber der Berichtswoche 1968 ist die Gesamtarbeitsmenge um 1,0 v. H. gestiegen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der vorwiegenden Erwerbstätigkeit blieb mit 43,2 Stunden nahezu unverändert.

Berufsforschung: Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit hat 85 000 berufstätige Männer in der Bundesrepublik ausgewählt, um die Veränderungen in der Arbeits- und Berufswelt zu untersuchen. Von Fachkräften der Arbeitsämter soll in den Betrieben mit den ausgewählten Personen – es ist statistisch jeder 200. männliche Erwerbsfähige – ein Gespräch über den Berufsverlauf geführt werden. Dabei werden Ausbildung, Berufstätigkeit zu ausgewählten Zeitpunkten, Berufswechsel und andere in diesem Zusammenhang interessierende Fragen im Mittelpunkt stehen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, hat in Briefen



Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebeten, das Vorhaben zu unterstützen. Die Selbstverwaltungsorgane der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter sind ebenfalls eingeschaltet. Die Gespräche in den Betrieben sollen in Kürze beginnen. Mit dieser Untersuchung führt die Bundesanstalt eine der ihr nach dem Arbeitsförderungsgesetz übertragenen Aufgaben aus: Sie erfaßt die durch den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt verursachten Veränderungen in der Berufswelt, um in der Beratungstätigkeit, vor allem bei der Berufs- und Arbeitsberatung,

neue Entwicklungen sofort berücksichtigen zu können.

Volksgesundheit: In Anwesenheit des Bundesministers für Gesundheit, Familie und Jugend, Käte Strobel, und Präsident Willi Daume vom Deutschen Sportbund (DSB) fiel in Berlin der „Startschuß“ für die vom Hauptausschuß des DSB beschlossene Kampagne „Sport für alle“. Die Symbol-Figur der Aktion, „Trimmy“, ein Männchen mit hochgestrecktem rechten Daumen, soll den Kampf gegen Haltungsschäden, Kreislaufstörungen, Fettleibigkeit und Atemnot aufnehmen.

Willi Daume sprach von 66 Prozent sportinteressierten Bundesbürgern, aber nur 12 Prozent aktiv Beteiligten. Die Aktion „Trimm Dich durch Sport“ solle hier Abhilfe schaffen. Drei bis vier Millionen Mark Unterstützung seien von der Wirtschaft bereits zugesagt. 202 Städte hätten schon mit dem Werbefeldzug begonnen. Frau Strobel hofft, daß das dreijährige Ausgleichsport-Programm einen Beitrag im vorolympischen Spannungsfeld leistet. Für unsere Industriegesellschaft sei es jedoch erforderlich, daß auch nach München 1972 der Kampf um die Volksgesundheit fortgesetzt werde.

Wohnungswirtschaft: Mit dem 31. März dieses Jahres endete die im Rahmen und für Rechnung der Ruhrkohle AG durch die Wohnungsgesellschaft Dümpten mbH ausgeübte Verwaltung. Das betrifft auch die verschiedenen Fachabteilungen der HOAG für die bewirtschafteten Wohnungen durch die Bergbau AG Oberhausen.

Seit dem 1. April ist die Wohnungsgesellschaft Dümpten für die Bewirtschaftung der Wohnungsgrundstücke aus dem früheren Verwaltungsbestand der Wohnungsverwaltung von HOAG/Bergbau zuständig. Falls die betreffenden Mieter noch irgendwelche Fragen zu dieser Angelegenheit haben, können sie sich mit der Wohnungsgesellschaft Dümpten in Verbindung setzen.

Absatzwirtschaft: Im Bereich der Absatzwirtschaft haben sich einige organisatorische Veränderungen ergeben. Die Einkaufsfunktionen der Abteilung „Einkauf, Rohstoffe und Frachten“ wurden auf die Rohstoffabteilung der August

Thyssen-Hütte übergeleitet. Aus organisatorischen Gründen wurde dabei der Zementklinker-Einkauf nicht übernommen. Dieser Bereich wurde der Abteilung Absatzwirtschaft / Nichteisenerzeugnisse übertragen. Durch diese Regelung werden die Klinkerbeschaffung und der Zementabsatz in einer Abteilung zusammengefaßt.

Die Abrechnung der Bergbau-Forstverwaltung wurde auf die HOAG übertragen, die damit auch den Holzverkauf aus den Waldbeständen übernommen hat. Der Verkauf des eingeschlagenen Nutzholzes wurde der Abteilung Absatzwirtschaft / Nichteisenerzeugnisse übertragen.

Für den Verkauf des Eisenschwammes aus der Purofer-Anlage ist Absatzwirtschaft/Leitung zuständig. Sie wird mit dem Leiter des Forschungsinstitutes stets engen Kontakt halten.

Vertrauensleute: Die Wahl der Vertrauensleute, die alle drei Jahre durchgeführt wird, ergab folgendes Ergebnis: Auf Neu-Oberhausen wurden 137 Vertrauensleute gewählt, Walzwerk Oberhausen 56 Vertrauensleute, Eisenhütte Oberhausen 55 Vertrauensleute, Abteilung Verkehr 43 Vertrauensleute. Von diesen insgesamt 291 Vertrauensleuten sind 288 Mitglieder der IG Metall. Auf der Angestelltenseite wurden 66 Vertrauensleute gewählt, davon 38 als Mitglieder der IG Metall und 28 als Mitglieder der DAG.

Die gewählten 17 Mitglieder der HOAG-Vertrauensleuteleitung der IG Metall heißen: Vorsitzender Heinz Urban (NO), Stellvertreter Paul Bockstart (EO), Schriftführer Oeynhaus (NO), Kassman (NO), Lauderbach (NO), Pannes (NO), Hofacker (WO), Schlieper (WO), Volkar (WO), Pitreck (VK), Schmithüsen (VK), Jörissen (VK), Hartwig (Angestellter), Kowalzyk (Angestellter), Zuck (Angestellter).

Der DAG-Betriebsgruppenvorstand der HOAG, der von den DAG-Vertrauensleuten gewählt wird, setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Vorsitzender Wilhelm Robben (Vertreter der Angestellten im Aufsichtsrat und Mitglied des Betriebsrats), Paula Klomberg, Horst Grefermann, Georg Weirich und Heinz Schenk.

blauer montag



Nicht an seinem Arbeitsplatz? Ich habe ihn aber wie immer um halb sechs aus dem Bett geworfen.



Nein, kein blauer Montag, er liegt schon wieder flach!

Achtundzwanzig Jahre bin ich schon bei der HOAG, aber ich habe noch nie an einem Montag blau gemacht!



Seit wann verlegen Sie den blauen Montag auf den Dienstag?

